

**2. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 21. November 2012
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr – 21.10 Uhr**

Anwesend sind: 47 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Daniel Dähler, 2. Heinz Eng, 3. Nadja Fleischli, 4. Thomas Frey, 5. Sandro Gervasoni,
6. Sarah Honegger, 7. Urs Knapp, 8. Daniel Probst, 9. Thomas Rauch, 10. Simone Roth,
11. René Wernli

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Florian Amoser, 3. Ramazan Balkaç, 4. Rolf Braun,
5. Lukas Derendinger, 6. Werner Good, 7. Thomas Marbet, 8. Huguette Meyer Derungs,
9. Dr. Rudolf Moor, 10. Daniel Schneider, 11. Luzia Stocker Rötheli,
12. Dr. Arnold Uebelhart, 13. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Sonja Bossart Meier, 2. Georg Dinkel, 3. Heidi Ehram, 4. Antonia Hagmann,
5. Thomas Pfluger, 6. Roland Rudolf von Rohr, 7. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou, 2. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Beate Hasspacher, 4. Sandra Näf,
5. Michael Neuenschwander, 6. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Doris Känzig, 3. André Köstli, 4. Kilian Schmidiger, 5. Dr. David
Wenger, 6. Christian Werner, 7. Gert Winter

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion
Mario Cematide, Direktion Bildung und Sport
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Stefan Hagmann, Rechtskonsulent
Ueli Kleiner, Leiter Direktion Bildung und Sport
Mario Schenker, Controller
Markus Sieber, a. Finanzverwalter
Urs Tanner, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:

Alexandra Kämpf
Dr. Max Pfenninger
Anita Huber

Vorsitz: Anna Engeler

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Mitglieder des Gemeindeparlaments/Demissionen
3. Aufnahme und Vereidigung von zwei neuen Parlamentsmitgliedern
4. Altstadtkommission/Demission
5. Baukommission/Demission
6. Sportkommission/Ersatzwahl
7. Zweckverband Abwasserregion Olten/Demission
8. Voranschlag 2013/Genehmigung
Mit dem Voranschlag in Zusammenhang
- 8.1. Giroud-Olma-Turnhallen/Benützungsg Gebühr (neuer Mietvertrag)

* * *

Parlamentspräsidentin Anna Engeler begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Anna Engeler:

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 28. Juni 2012 ist vom Büro am 29. Oktober 2012 definitiv genehmigt worden.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Interpellation Daniel Schneider (SP) und Mitunterzeichnende betr. substantielle Veränderungen bei Bauvorhaben nach der Kreditgenehmigung
- Dringliche Interpellation Dr. Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. Stopp zur weiteren Einzonung von Bauland
- Interpellation Dr. Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. Entwicklungsstrategie Bauzonen (Zonenplanung)
- Interpellation Doris Känzig (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Einbrüche in der Stadt Olten
- Motion 1 Myriam Frey, Beate Hasspacher und Mitunterzeichnende zur Verbesserung der Freiraumqualität in der Stadt („grüne Infrastruktur“)/Massnahmen öffentliche Grundstücke
- Motion 2 Myriam Frey, Beate Hasspacher und Mitunterzeichnende zur Verbesserung der Freiraumqualität in der Stadt („grüne Infrastruktur“)/Massnahmen private Grundstücke

* * *

Dezember-Sitzung

Im Dezember haben wir keine Sachgeschäfte, haben die Sitzung allerdings noch nicht abgesagt. Wir würden dies im Büro im Laufe dieser zwei Abende dann entscheiden, je nachdem, wie weit wir in der Traktandenliste kommen. Das ist mein Votum an Euch, Eure Voten einigermaßen kurz zu halten. Die GPK-Sitzung wird allerdings auf jeden Fall stattfinden.

* * *

Januar- und März-Sitzungen

An diesen beiden Daten wird es jeweils um 18.00 Uhr vor der Sitzung eine Informationsveranstaltung geben. Vielleicht könnt Ihr Euch dies schon einmal vormerken.

* * *

Fraktionserklärungen

Bevor wir zu Traktandum 2 kommen, haben wir noch zwei angekündigte Fraktionserklärungen, auf die der Stadtrat nachher noch reagieren möchte. Es geht um die aktuelle Bautätigkeit in der Stadt.

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2012

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 18

Fraktionserklärung FdP betr. aktuelle Bautätigkeit in der Stadt

Daniel Probst: Unsere Fraktionserklärung geht zum Thema Innenstadt. Als ich heute Morgen das OT gelesen habe, dachte ich: Ist es noch nötig, dass die FdP auch etwas sagt? Wir haben ähnliche Punkte, nicht ganz gleich. Deshalb lese ich die vorbereitete Erklärung jetzt gleichwohl vor. Die FdP ist zuerst einmal erfreut, dass nach jahrelanger Diskussion und nach mehreren Volksabstimmungen in der Innenstadt endlich auch Taten folgen. Das finden wir sehr positiv. Die Innenstadt, das heisst der Baustein 1 rund um die Stadtkirche herum, soll auch rechtzeitig auf die Eröffnung der ERO fertig werden. Die Bauarbeiten im Herzen der Stadt – das haben wir vom Stadtrat auch gehört – sind sehr anspruchsvoll. Das heisst, sie erfordern ein äusserst sensibles Vorgehen aller Beteiligten. Ein solch anspruchsvolles Bauvorhaben braucht auch höchste Aufmerksamkeit und Sensibilität. Wir haben eben das Gefühl, dass der Stadtrat oder vielleicht die zuständige Direktion sich nicht bewusst sind, wie anspruchsvoll dies ist, weil wir das Gefühl haben, dass man sich mit anderen Sachen, die auch noch laufen, etwas verzettelt hat. Gleichzeitig zu diesen anspruchsvollen Arbeiten rund um die Stadtkirche wird auch noch der Klosterplatz aufgerissen und zwar, um eine hundertjährige Leitung zu ersetzen, wo wir uns fragen, ob sie dort unten nicht auch noch ein Jahr länger hätte funktionieren können, wenn sie schon hundert Jahre funktioniert hat. Gleichzeitig, und auch dies erachten wir als höchst unsensibel, wird noch der Rötzmattunnel saniert. Das heisst, jetzt, wo gerade der Westast der ERO aufgegangen ist, ist es, wenn jemand aus Richtung Gäu nach Olten kommt, ziemlich ernüchternd. Wenn er hinein fährt, denkt er zuerst: Ah, toll, Westast offen. Ich fahre weiter. Dann muss er irgendwie über das Kleinholz wenden. Die Anwohner sind dort nicht gerade erfreut. Es gibt auch noch einen Kindergarten usw. Dort findet Mehrverkehr statt. Dann kommt er in die Stadt hinunter, statt dass er geradeaus fahren könnte, muss er in diesem Moment wieder links abbiegen, wieder rechts, und irgendeinmal ist er dann wahrscheinlich in der Stadt. Auch nicht gerade sehr sensibel, dass es gleichzeitig stattfindet. Wir finden, es ist zu viel. Die Folgen, die wir feststellen können und von denen wir auch aus der Bevölkerung ganz stark, in den letzten Tagen nicht abnehmend, eher zunehmend, gehört haben, sind, dass die Adventsstimmung respektive diejenige, die jetzt dann kommen sollte, den Bach hinunter geht bzw. haben wir die Befürchtung, dass sie gar nie richtig eintreten wird. Wir haben zum Beispiel den Adventsmarkt im Kloster. Daneben summen die Baumaschinen, ist der Boden offen. Wir haben das Gefühl, das ist nicht förderlich. Es wäre sonst ein sehr schöner Anlass. Dann haben wir die neue Weihnachtsbeleuchtung, die wir einweihen wollen. Es ist dann schade, wenn man sie einweihet und man hat dann gar keine Leute, die sie anschauen kommen, weil sie nicht in die Stadt hinein kommen. Wir haben jetzt gerade auch vom Gewerbe gehört, es sei vom Stadtrat ein Brief an die Gewerbetreibenden gegangen, und das war sicher sehr gut gemeint, der sie gebeten hat, ausserhalb der Öffnungszeiten der Läden ihre eigene Beleuchtung zurück zu stellen und zu minimieren, damit die Weihnachtsbeleuchtung auch wirklich zur Geltung kommt. Hier war die Reaktion desjenigen, von dem ich den Brief hatte: Sind wir in diesem Fall schon ein Museum? Soll man während der ganzen Adventszeit gleich ganz schliessen, damit diese Bauarbeiten gemacht werden können und die Weihnachtsbeleuchtung schön erstrahlen kann? Das ist einfach so eine Reaktion, die ich relativ ungefiltert weiter gebe. Dann haben wir als weitere Folge ein Sicherheitsproblem. Das konnten wir auch schon lesen. Wir haben Schulhäuser, auch Quartiere, die jetzt Mehrverkehr haben. Dort geht es darum, dass man die Sicherheit von Fussgängern oder eben auch von Schülern und Schülerinnen gefährdet.

Dann haben wir festgestellt oder auch gehört, dass Versprechungen nicht eingehalten werden können oder nicht eingehalten werden, wahrscheinlich auch, weil zu viel auf einmal läuft. Zum Beispiel Versprechungen betreffend Kirchgasse, wo man davon gesprochen hat, dass man ein Beschilderungs- und Beschriftungskonzept machen würde, damit man das Ganze etwas angenehmer gestalten kann, sprich an den Baustellenabsperungen einen Hinweis anbringen kann, wie viele Schritte es zu welchem Geschäft sind und vielleicht zeigt: Noch so viele Tage usw. Hier ist zumindest bis heute noch nichts realisiert und stösst auch recht auf Unmut. Nicht zuletzt: Wenn alles so schwierig ist, um dort hinein zu kommen, hat es auch massive Folgen für das Gewerbe, gerade in der Adventszeit, wo es für die Läden oder auch die Restaurants in der Stadt so wichtig ist, wo wir wissen, dass es im Moment mit anderen Faktoren ohnehin schwierig ist und es ihnen zusätzlich in dieser Zeit, wo sie besonders erfolgreich sein müssen, auch noch erschwert. Dann leben ja auch noch Leute in der Innenstadt. Sie sind natürlich durch die Parallelität der verschiedenen Aktivitäten auch gestört respektive haben dort einen massiven Verlust der Lebensqualität, notabene in einer Zeit, die eigentlich besinnlich sein sollte. Unser Fazit: Es ist gut gemeint, dass es endlich los geht und etwas läuft. Das ist erfreulich. Aber wir haben das Gefühl, es ist zu viel auf einmal, nicht koordiniert und mangelt an Sensibilität. Was kann man tun? Wichtig ist, dass Versprechungen, die man gemacht hat, eingehalten werden, damit man die Sachen, die man versprochen hat, auch realisieren kann, damit dort Unterstützung gewährt wird. Zweitens denken wir, dass auch wichtig ist dass man die Sicherheitsthemen ernst nimmt, sich dort nicht hinter Paragraphen versteckt und sagt „ja, es gibt halt gewisse Zonen, wo man keine Fussgängerstreifen machen darf“, dass man dort nach konstruktiven Lösungen sucht und trotzdem etwas realisieren kann. Drittens: Es ist auch von Querverbindungen für Fussgänger – gerade bei diesen langen Strassenabschnitten – gesprochen worden. Es ist wichtig, dass man sie dort auch wirklich realisiert, damit die Leute nicht ganze 150 Meter gehen müssen und die Strasse nicht mehr queren können. Der nächste Punkt sind noch die Bauarbeiten Klosterplatz und Rötzmatt. Dort bitten wir den Stadtrat wirklich zu prüfen, ob man sie nicht aufschieben respektive stoppen oder vielleicht frühzeitig in die Weihnachtsferien schicken könnte, damit man dort irgendwie die Immissionen und Probleme, die es gibt, auf ein Minimum reduzieren kann. Der letzte Vorschlag, den ich habe, ist ein sehr kreativer. Ich weiss nicht, ob dies möglich ist. Aber ich denke, es würde ein starkes Zeichen nach aussen setzen, wenn dies passieren würde. Die Problematik ist im Moment wirklich, dass die Leute erstens nicht mehr in die Stadt hinein kommen und zweitens, wenn sie dann einmal drin sind, auch gar keinen Parkplatz finden. Wie wäre es zum Beispiel, wenn wenigstens jetzt während der Adventszeit, die eben für das Gewerbe und die Restaurants so wichtig ist, das Stadthaus mit gutem Beispiel voran gehen und sein Parkhaus, das unter diesem Haus steht, für Kundinnen und Kunden, Leute, die nach Olten kommen wollen, öffnen würde und sie es nachher benutzen könnten? In der Zeit, in der das Parkhaus für Stadthausangestellte nicht zur Verfügung steht, können sie ja mit dem ÖV, zu Fuss oder mit dem Velo kommen. Das wäre ein starkes Zeichen nach aussen, dass man sagt: Doch, wir wissen, es tut weh. Wir meinen es aber gut und sind auch bereit, einen Beitrag zu leisten.

Mitteilung:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2012

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 19

Fraktionserklärung SP betr. aktuelle Bautätigkeit in der Stadt

Daniel Schneider: Ganz im Sinne der Präsidentin möchte ich mich kurz halten. Vieles ist ja deckungsgleich und Ihr hattet schon Gelegenheit, in der Presse zu lesen, was wir heute Abend erzählen möchten. Um Euch nicht zu langweilen, möchte ich es wirklich kurz fassen. Ihr habt unsere zentralen Anliegen gehört. Das sind eine sichere Linienführung aller Verkehrsteilnehmenden rund um die Baustellen herum und ein koordiniertes Vorgehen bei der Baustelleneröffnungen, damit die Detaillisten nicht zu minderen Umsätzen kommen. Ich möchte Euch etwas vorlesen: Heute habe ich ein Mail erhalten. „Lieber Dani, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gratuliere Dir bzw. der SP-Fraktion, dass Ihr die Bauarbeiten zum Thema macht. Ich habe mich nämlich auch schon gefragt, ob ich das Velo von der Altstadt bis zum Stadthaus tragen muss, um nicht mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen“. Vor rund zwei Monaten hat die CVP-Fraktion ihren Stadtrats- respektive Präsidenten-Kandidaten erkoren und hat dort geschrieben, alles was wir jetzt zum Bau sagen, sei nur noch billiger Wahlkampf. Ich glaube, Ihr habt dies nicht als Maulkorb gemeint, sondern Ihr seid ja auch der Meinung, dass wir hinschauen müssen. Ihr habt einen der prominentesten Gewerbler in Euren Reihen. Ich denke, wir sind uns für einmal, was ja wirklich selten ist, wieder einig. Diesmal brauchen wir um die Detaillisten herum etwas Luft, damit wirklich ein bombiges Weihnachtsgeschäft laufen kann. Wie gesagt, möchte ich mich in diesem Sinn kurz halten. Wir wollen einfach genau hinsehen, egal wer welche Ambitionen hat. Ich finde, das ist unser Job. Wir sind dafür gewählt worden. Ich sage nur soviel: Tragt Sorge zu uns Oltnern und Oltnern und zu unseren Besuchern und Besucherinnen, die nach Olten kommen. Viele Leute haben es verdient, dass unsere Stadt jetzt das Image nicht verliert.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Es ist nicht üblich, Fraktionserklärungen zu kommentieren. Das möchte ich in diesem Sinn auch nicht tun, sondern primär als Stadtrat und als Baudirektor diese Fraktionserklärungen nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch mit meiner Wortmeldung im Sinn des Stadtrates zu sagen, dass diese Anliegen, die Ihr hier formuliert habt, was die Baustellenproblematik anbelangt und auch die grosse Anzahl von Grossbaustellen nicht einfach leicht bearbeitet werden können, sondern dass man hinsehen muss. Deshalb möchte ich das Wort auch in diesem Sinn ergriffen haben, dass wir dieses Anliegen oder die verschiedenen Vorschläge, die gemacht wurden, auch ernsthaft aufnehmen. Ich denke, die formulierten Sorgen und Anliegen, die zum Teil schon in den Medien publik oder auch heute Abend dargelegt wurden, sind eine Folge dieser doch massiven, grossen Bautätigkeit, die unsere Stadt meiner Meinung nach schon lange nicht mehr erlebt hat. Man kann sagen, dass der Baudirektor und die Baudirektion unwahrscheinlich froh und stolz sind, dass umgesetzt wird. In dieser ganzen Problematik vergisst man allenfalls das eine oder andere Augenmass, wo man aus lauter Freude am Bauen dann schliesslich auf Sachen hinschauen und vor allem sorgfältig behandeln muss wie entsprechend formuliert worden ist. Ich denke, auch die grossen Baustellen haben sicher Verunsicherungen und Verärgerungen ausgelöst. Mir war als zuständiger verantwortlicher Baudirektor auch bewusst, dass sie nicht zu umgehen sind, sondern es hier Friktionen gibt. Ich denke, und das merken wir auch, es ist eine sehr grosse logistische Herausforderung, die verschiedenen Baustellen zeitgerecht auch zu realisieren, umzusetzen, auch in der Koordination, insbesondere was eine Umfahrungsstrasse anbelangt,

einen Rötzmatttunnel, wo direkte Abhängigkeiten sind. Es ist in diesem Sinn auch ein Ärger von diesen Fraktionserklärungen zu verspüren, insofern dass man den Klosterplatz auch schon gleichzeitig bebaut.

Wir haben uns Mühe gegeben, diese Absprachen auch mit dem Gewerbe zu machen. Es gibt dort natürlich auch entsprechende Wahrnehmungen, die sagen: Zieht es im Winter durch. Im Sommer wollen wir die Gartenwirtschaften betreiben. Es geht mir jetzt aber gar nicht darum, irgendwelche Rechtfertigungen zu konstruieren oder zu formulieren, sondern ich möchte erfreulicherweise festhalten – ich glaube, wir dürfen alle etwas Freude haben – dass dieses Bauvorhaben voranschreitet, wir soweit auch etwas Wetterglück haben, sogar sehr starkes, und wir auch dem Plan entsprechend gut da stehen. Wir merken aber auch von der Bauleitung her, auch in Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei, dass die Nebenauswirkungen gravierend sind, man zum Teil nicht erahnen konnte, wo die Probleme tatsächlich sind, und wir sind wirklich dabei, sie auch zu verbessern, Verbesserungsmaßnahmen einzuleiten, Bauplatzinstallationen gut anzuschauen. Verkehrssicherheit ist sicher auch ein Thema, wo ich denke, dass diese Fraktionserklärungen und auch Reaktionen aus der Bevölkerung für uns wichtig sind, damit sie uns weiter helfen und auch begleiten, um zu optimieren und diese Anliegen auch entsprechend zu realisieren. Wir sind uns aber auch bewusst, dass das anspruchsvolle sportliche Ziel der Realisierung innerhalb knappster Zeit, die entsprechenden Stellen auch abgeschlossen haben zu wollen, einen gewissen Druck gibt. Ich möchte Euch versichern, dass Eure Anliegen bei uns gut ankommen. Wir suchen nach bestmöglichen Optimierungen und werden uns auch anstrengen, gerade auch auf der Seite der Bauleitung, Eure Anliegen und Sorgen nicht nur zu teilen, sondern womöglich auch entsprechende Verbesserungen zu realisieren. Wir möchten auch die Bevölkerung regelmässig über den Stand der Arbeiten orientieren. Ich kann Euch sagen, dass auch der Stadtrat sich heute an der Baustelle selber durch die Bauleitung informieren liess: Wo stehen wir? Wo gibt es Probleme? Damit wir die Baustelle auch in einem Dialog miteinander bewirtschaften können. In diesem Sinn nimmt der Stadtrat sehr wohl von diesen Fraktionserklärungen Kenntnis und gibt sich Mühe, diese Anliegen auch wirklich ernsthaft so weit als möglich umzusetzen.

Mitteilung:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2012

Akten-Nr. 16/4

Prot.-Nr. 20

Gemeindeparlament/Demissionen

Für das Gemeindeparlament sind zwei Demissionen zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Schreiben vom 4. Oktober 2012 demissioniert Marcel Buck (SVP) als Mitglied des Gemeindeparlaments per 31. Oktober 2012.

Mit Schreiben vom 25. September 2012 demissioniert Theo Schöni (GO) als Mitglied des Gemeindeparlaments per Ende September 2012.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demissionen von Marcel Buck (SVP) und Theo Schöni (GO) zu genehmigen.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Ich möchte den beiden Herren an dieser Stelle ganz herzlich für ihr grosses politisches Engagement, das sie in diesem Rat gezeigt haben, danken.

Beschluss

Einstimmig werden die Demissionen von Marcel Buck (SVP) und Theo Schöni (GO) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Marcel Buck

Herrn Theo Schöni, Blumenweg 33, 4600 Olten

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2012

Akten-Nr. 57/11

Prot.-Nr. 21

Aufnahme und Vereidigung von zwei neuen Parlamentsmitgliedern

Gemäss Art. 18 der Gemeindeordnung sind zwei frei werdende Parlamentssitze durch Nachrücken ab der Proporzliste respektive Nachnominierung neu zu besetzen. Durch den Rücktritt von Marcel Buck ist ein Sitz der Schweizerischen Volkspartei und durch den Rücktritt von Theo Schöni ist ein Sitz der Grünen Partei frei geworden. Matthias Borner (SVP) und Michael Neuenschwander (Grüne) haben sich bereit erklärt, die Mandate als ordentliche Mitglieder des Gemeindeparlamentes anzunehmen.

Zur Vereidigung erhebt sich das Parlament von den Sitzen. Parlamentspräsidentin Anna Engeler begrüsst Matthias Borner und Michael Neuenschwander. Sie verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“

Matthias Borner und Michael Neuenschwander legen hierauf mit den Worten „ich gelobe“ das Gelöbnis ab. Damit sind sie vereidigt. Es folgt Applaus.

Mitteilung an:

Herrn Matthias Borner, Kreuzstrasse 23, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Herrn Theo Schöni, Blumenweg 33, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2012

Akten-Nr. 16/9

Prot.-Nr. 22

Altstadtkommission/Demission und Ersatzwahl

Für die Altstadtkommission ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Schreiben vom 4. Oktober 2012 demissioniert Marcel Buck (SVP) als Mitglied der Altstadtkommission per Ende Oktober 2012.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Marcel Buck (SVP) zu genehmigen.

Die SVP schlägt als Ersatz Dr. David Wenger vor.

Beschluss

Einstimmig werden die Demission von Marcel Buck (SVP) und die Ersatzwahl von Dr. David Wenger (SVP) genehmigt.

Luzia Stocker Rötheli: Ich möchte nichts zu den Personen sagen, sondern zum Mailverkehr, der dem voraus gegangen ist. Einfach als kleiner Hinweis für das Büro. Wir haben einen Mailverkehr von sieben Seiten zugesandt erhalten, mal 50 Parlamentarier, macht 350 Seiten. Nichts Zweckdienliches und überflüssiges Material. Ich denke, die erste und allenfalls zweite wäre nötig gewesen, der Rest nicht mehr. Dies einfach als kleiner Hinweis.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Wir nehmen dies zur Kenntnis. Merci vielmals.

Mitteilung:

Herrn Marcel Buck

Herrn Dr. David Wenger, Friedhofweg 34, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Baudirektion

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2012

Akten-Nr. 16/10

Prot.-Nr. 23

Baukommission/Demission und Ersatzwahl

Für die Baukommission ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Schreiben vom 4. Oktober 2012 demissioniert Marcel Buck (SVP) als Mitglied der Baukommission per Ende Oktober 2012.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Marcel Buck (SVP) zu genehmigen.

Die SVP schlägt als Ersatz Matthias Borner vor.

Beschluss

Einstimmig werden die Demission von Marcel Buck (SVP) und die Ersatzwahl von Matthias Borner (SVP) werden genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Marcel Buck

Herrn Matthias Borner, Kreuzstrasse 23, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Baudirektion

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2012

Akten-Nr. 16/23

Prot.-Nr. 24

Sportkommission/Wahl

Für die Sportkommission ist eine Wahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Wahl:

Für den vakant gebliebenen Sitz schlägt die CVP/EVP/GLP-Fraktion Beat Bachmann, Mettlenweg 7, als Mitglied der Sportkommission zur Wahl vor

Beat Bachmann ist 40jährig, verheiratet und Vater von drei Jungs. Die Familie lebt seit 12 Jahren in Olten. Beat Bachmann arbeitet auf einer Fachstelle für kirchliche Jugendarbeit im Bereich der Arbeit mit Kindern (Schulung, Freizeitangebote) und in der Leitung dieser Fachstelle. Beat Bachmann ist sportbegeistert in passiver Form, d.h. interessiert an fast allem, was in der Sportwelt läuft und aktiv als Volksläufer, Radfahrer und in anderen Sportarten.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Wahl von Beat Bachmann (EVP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Wahl von Beat Bachmann (EVP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Beat Bachmann, Mettlenweg 7, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Direktion Bildung und Sport
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2012

Akten-Nr. 16/9

Prot.-Nr. 25

Zweckverband Abwasserregion Olten/Demission und Ersatzwahl

Für den Zweckverband Abwasserregion Olten ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Schreiben vom 4. Oktober 2012 demissioniert Marcel Buck (SVP) als Vorstandsmitglied des Zweckverbandes Abwasserregion Olten per Ende Oktober 2012.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Marcel Buck (SVP) zu genehmigen.

Die SVP schlägt als Ersatz Jörg Känzig vor.

Beschluss

Einstimmig werden die Demission von Marcel Buck (SVP) und die Ersatzwahl von Jörg Känzig (SVP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Marcel Buck

Herrn Jörg Känzig, Wiesenstrasse 5, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Zweckverband Abwasserregion Olten, im Schachen, 4652 Winznau

Baudirektion

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2012

Akten-Nr. 13/12

Prot.-Nr. 26

Voranschlag 2013/Genehmigung

Das Budget 2013 präsentiert sich mit einem Überschuss von Fr. 79'000 ausgeglichen. Die markantesten Kostensteigerungen betreffen die Bereiche Soziale Wohlfahrt (+ Fr. 859'000) sowie Verkehr (+Fr. 582'000) und lassen den Voranschlag gegenüber den Resultaten des Finanz- und Investitionsplans 2013 – 2019 leicht schwächer abschneiden. Das beantragte Nettoinvestitionsvolumen bleibt auch für das kommende Jahr mit 28.8 Mio. Fr. sehr hoch, der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 64.6%.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den Voranschlag für das Jahr 2013, basierend auf den Budgetrichtlinien sowie dem Finanz- und Investitionsplan, mit dem Antrag auf Genehmigung.

1. Ausgangslage

Der aktuelle Finanzplan 2013 – 2019 zeigt, dass aufgrund des hohen Investitionsvolumens nicht alle finanzpolitischen Grundsätze, insbesondere die mittelfristigen Zielsetzungen, erreicht werden können. Durch den hohen Investitionsbedarf und dem damit verbundenen tiefen Selbstfinanzierungsgrad wird eine Abnahme des Pro-Kopf-Vermögens durch den aktuellen Voranschlag 2013 auf die Höhe von 830 Fr. prognostiziert.

2. Ergebnisse auf einen Blick

2.1. Ergebnis der Laufenden Rechnung

Bei einem Aufwand von Fr. 127'292'800 (ohne interne Verrechnungen von Fr. 11'837'000) und einem Ertrag von Fr. 127'371'800 wird ein **Mehrertrag von Fr. 79'000** ausgewiesen.

2.2. Ergebnis der Investitions-Rechnung

Bei Brutto-Ausgaben von rund 31.6 Mio. Fr. und Investitionseinnahmen von 2.8 Mio. Fr. betragen die Netto-Investitionen 28.8 Mio. Fr. Die geplante Investitionstätigkeit bleibt, wie bereits im Bericht und Antrag zum Investitions- und Finanzplan 2013 – 2019 dargestellt, in den folgenden Jahren auf hohem Niveau. Der Investitionsanteil (Anteil der Bruttoinvestitionen an den konsolidierten Ausgaben) beträgt für das Budgetjahr sehr hohe 22.4% (= starke Investitionstätigkeit).

Gestuffer Erfolgsausweis (in Tausend Fr.)

Voranschlag 2013

3	Betrieblicher Aufwand vor Abschreibungen	-106'312
30	Personalaufwand	-54'414
31	Sachaufwand	-19'460
35	Entschädigungen Gemeinwesen	-4'227
36	Beiträge	-28'093
380	Einlagen in Spezialfinanzierungen	-116
385	Vorfinanzierung	-2
4	Betrieblicher Ertrag vor Steuern	38'191
41	Regalien und Konzessionen	131
43	Entgelte	13'056
45	Rückerstattungen	5'430
46	Beiträge für eigene Rechnungen	11'173
480	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	0
485	Auflösung Vorfinanzierungen	8'401
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit vor Abschreibungen und Steuern	-68'121
	Ergebnis aus Finanzierung	-15'856
32	Passivzinsen (Finanzaufwand)	-1'715
33	Abschreibungen (Finanzaufwand)	-19'266
42	Vermögenserträge (Finanzertrag)	5'125
	Operatives Ergebnis vor Steuern	-83'977
40	Steuerertrag	84'056
	Operatives Ergebnis nach Steuern	79

3. Zielerreichung im Voranschlag 2013

3.1. Budgetvorgabe Sachaufwand

Die in der Budgetweisung vorgesehene 2% Senkung des Sachaufwandes in den gemeindesteuer- und gebührenfinanzierten Bereichen konnte unter Berücksichtigung von ausserordentlichen Aufwandsteigerungen und veränderten Buchungsmechanismen erreicht werden. Der Nachweis wird im Kapitel 6 (Seite 6) erbracht.

3.2. Blick auf die finanzpolitischen Grundsätze

Mit der Überarbeitung des Finanz- und Investitionsplans zeichnete sich ab, dass eine vorübergehende Abweichung von den mittelfristigen finanzpolitischen Grundsätzen notwendig bleiben wird.

Mit dem aktuellen Budget kann der Vorgabe der Selbstfinanzierungsgrad nicht entsprochen werden. Wird die gesamte Planperiode einbezogen, wird auch das Ziel des pro Kopf Nettovermögens nicht erreicht.

Mit einer mittel- bis langfristigen Optik bleibt der aktuelle Selbstfinanzierungsgrad mit 64.6% zu tief, liegt aber bereits deutlich über dem Wert der Jahresrechnung 2011. Insbesondere aufgrund

der in den letzten Jahren guten Rechnungsergebnisse und der Nachhaltigkeit der geplanten Investitionen besteht dennoch kein unmittelbarer Handlungsbedarf. Eine Orientierung an den mittelfristigen Finanzziele bleibt jedoch nach Beendigung der Grossprojekte ein zentrales Erfordernis.

4. Veränderungen im Budget / Vergleichbarkeit und Darstellungsform

Es wurde im Vergleich zum Budget 2012 an der Darstellungsform nichts geändert.

4.1. Grössere Abweichungen in der Laufenden Rechnung (Aufwand)

Abweichungen in einzelnen Aufwandkonten über Fr. 200'000 (in Tausend Fr.), jedoch ohne Erwähnung falls die Position innerhalb der Rechnung lediglich anders gruppiert wurde:

- 228 Besoldungen Heilpädagogische Sonderschule -575
Umsetzung der kantonalen Vorgaben. Die Minderkosten werden durch tiefere Abgeltungen des Kantons ausgeglichen.
- 340 Sport +210
Neuer Mietvertrag Giroud Olma (separate Vorlage)
- 500 Gemeindebeitrag an die EL +624
Gemäss kantonaler Vorgabe höher als im Vorjahr.
- 582 gesetzliche Sozialhilfe +297
Gemäss kantonaler Vorgabe (steigender pro Kopf Beitrag Lastenausgleich)
- 650 Regionalverkehr +412
Höherer Beitrag an den Kanton gemäss öV-Gesetz
- 990 Abschreibungen +306
ordentliche Abschreibungen Verwaltungsvermögen steigen aufgrund steigender Bestandeswerte durch die hohen Investitionsvolumen.

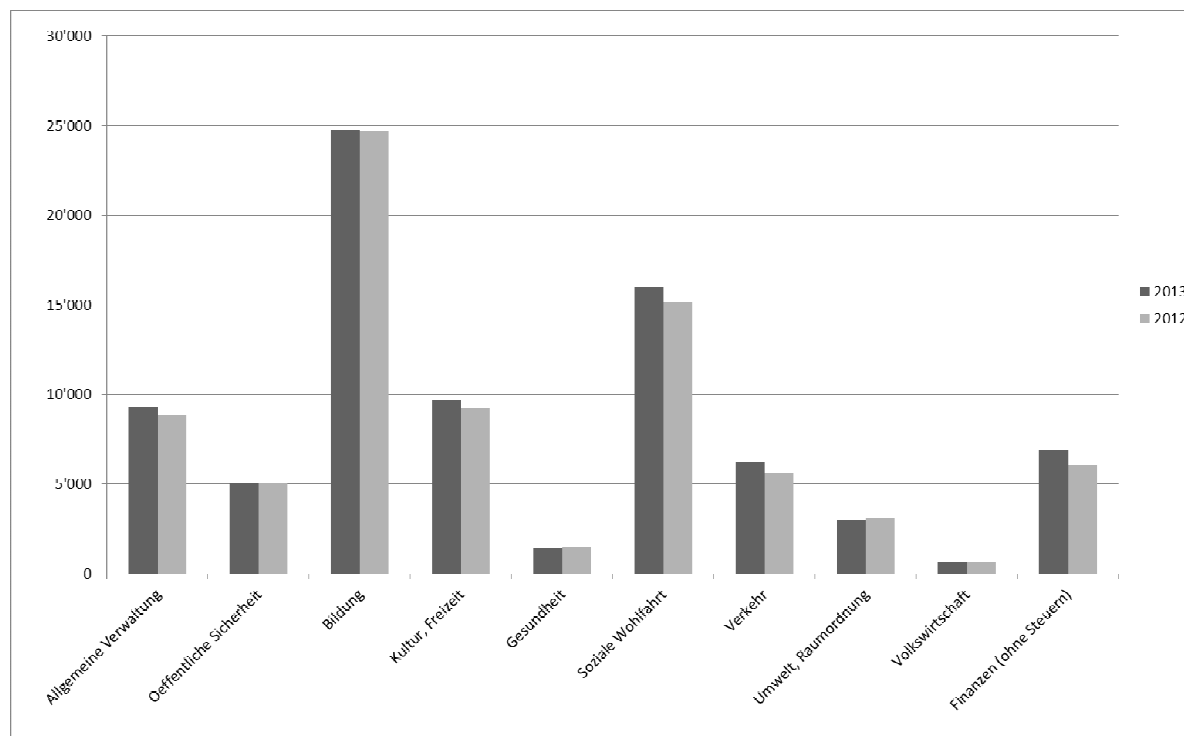
4.2. Grössere Abweichungen in der Laufenden Rechnung (Ertrag)

Abweichungen in einzelnen Ertragskonten über Fr. 200'000 (in 1'000 Fr.):

- 228 Schulgelder von Gemeinden Heilpädagogische Sonderschule -420
Berücksichtigung der effektiven Schülerzahlen
- 228 Kantonsbeitrag Heilpädagogische Sonderschule -495
Mehrkosten aufgrund der kantonalen Vorgaben werden durch den Kanton übernommen.
- 900 Einkommen- und Vermögensteuern +4'975
Basierend auf dem Steuerabschluss 2010 und Jahresabschluss 2011 wurden die Steuern für 2013 geschätzt.
- 900 Kapital- und Gewinnsteuern -2'720
Basierend auf dem Steuerabschluss 2010 und Jahresabschluss 2011 wurden die Steuern für 2013 geschätzt.

5. Begründungen zu den Funktionen

Die Nettobelastungen der Hauptfunktionen haben sich gegenüber dem Vorjahresbudget wie folgt entwickelt:



0 Allgemeine Verwaltung

Nach Minderkosten in der Höhe von Fr. 300'000 in Vorjahr, steigen die Nettokosten dieser Funktion im Budget 2013 wieder an. Mehrausgaben im Bereich der Legislative (Wahljahr zusätzlicher Aufwand rund Fr. 120'000.00) und bei den Allgemeinen Personalkosten (Verzinsung versicherungstechnische Defizit Fr. 384'000.00) erklären die Zunahme.

1 Öffentliche Sicherheit

Keine Bemerkungen.

2 Bildung

In der Funktion Bildung kann bei einem Nettoaufwand von 24.7 Mio. Fr. und einer Kostensteigerung von rund Fr. 54'000 von konstanten Kosten ausgegangen werden.

3 Kultur und Freizeit

Die Kostensteigerung in dieser Funktion resultiert aus höheren Ausgaben für den neuen Mietvertrag ‚Giroud-Olma‘ (Fr. 210'000), höheren Kosten in den Parkanlagen durch eine steigende Stundenleistung des Werkhofs (Fr. 112'000) und einer Kostensteigerung beim Kunstmuseum von rund Fr. 100'000.

4 Gesundheit

Durch die veränderte Aufgabenerfüllung sinken die Kosten bei der Schulzahnpflege um Fr. 95'000.

5 Soziale Wohlfahrt

Die anhaltende Kostensteigerung in der Funktion der Sozialen Wohlfahrt (Fr. 859'000) kann durch folgende Veränderungen mehrheitlich erklärt werden:

- Kostensteigerung im Bereich des Lastenausgleich für die gesetzliche Sozialhilfe von Fr. 297'000.
- Erhöhung des Gemeindebeitrags an die EL im Betrag von rund Fr. 624'000.
- Sinkende Restkosten der Sozialregion Olten dämpfen die Kostenexplosion im Bereich der Sozialen Wohlfahrt um Fr. 173'000.

6 Verkehr

Höherer Beitrag gemäss öV-Gesetz an den Kanton im Betrag von Fr. 412'000.

7 Umwelt und Raumordnung

Keine Bemerkungen.

8 Volkswirtschaft

Keine Bemerkungen.

9 Finanzen ohne Steuern

Keine Bemerkungen.

6. Begründungen zu den einzelnen Sacharten (Abweichungen zum Vorjahresbudget)

30 Personalaufwand

Der Personalaufwand steigt im Vergleich zum Vorjahresbudget um 0.2%. Der Stadtrat verzichtete auf eine Lohnanpassung für das Verwaltungs- und Betriebspersonal. Der Regierungsrat hat einen analogen Beschluss für die Lehrkräfte gefasst.

- Die Bruttobesoldungen sinken beim Verwaltungs- und Betriebspersonal ebenso wie bei den Lehrkräften.
- Kostensteigerungen sind bei der Beiträgen an die Sozialversicherungen und den übrigen Personalkosten zu verzeichnen.

31 Sachaufwand

Der gemeindesteuer- und gebührenfinanzierte Sachaufwand liegt, unter Berücksichtigung von ausserordentlichen Aufwandsteigerungen und veränderten Buchungsmechanismen um 2% tiefer als im Budget 2012. Damit konnte die Sparvorgabe des Stadtrat vollständig umgesetzt werden.

	2012	2013
Total Sachaufwand 31	18'969'200	19'460'200
Kürzung	-2.00%	-379'400
Vorgabe	18'589'800	
Abweichung	4.59%	870'400
Durch Ertrag kompensiert (Methodenänderung)		
Budgetierung Skilager (Brutto)		-65'000
Ausstellungen Museum (Brutto)		-120'000
Dienstleistungen Stadtentwicklung (Entnahme Fonds)		-100'000
Aufgabe wird anders erfüllt		
Schulzahnpflege (Personalaufwand zu Sachaufwand)		-95'400
Periodische Kostenschwankungen		
Wahljahr (alle 4 Jahre)		-70'000
Schulfest (alle 2 Jahre)		-212'000
Neue Verträge		
Giroud Olma (Mehrkosten nach Vertragsablauf mit Kanton)		-210'000
Bereinigte Budgeteingabe		18'587'800
Erfolgte Kürzung bei den übrigen Positionen	2.01%	-381'400
Vorgabe eingehalten		-2'000

32 Passivzinsen

Aufgrund der guten Rechnungsergebnisse konnten die Schulden rascher abgebaut werden. Der Finanzierungsfehlbetrag aufgrund der hohen Investitionen fordert jedoch auch 2013 eine Geldaufnahme am Kapitalmarkt in der Höhe von rund 18.5 Mio. Fr.

33 Abschreibungen

Mit der Abschreibungsart nach HRM2 werden die gesetzlich vorgeschriebenen Minimalabschreibungen von 8 % des Verwaltungsvermögens übertroffen. In der Sachart 33 sind weiter die Steuerabschreibungen und die Wertberichtigungen des Finanzvermögens enthalten. Weiter müssen zusätzliche Abschreibungen in der Höhe der Auflösung der Vorfinanzierung von 8.3 Mio. Fr. gemacht werden.

35 Entschädigungen an Gemeinwesen

4'226

Beträge über Fr. 200'000 sind nachfolgend aufgeführt (in Tausend Fr.):

Betriebskostenanteil Kläranlage	1'589
Beitrag an Steueramt SO für Steuerveranlagung	1'140
Schulgelder für die Sonderschule inkl. HPS	612
Standortbeitrag für die Fachhochschule	350

36 Eigene Beiträge

28'093

Beträge über Fr. 200'000 sind nachfolgend aufgeführt (in Tausend Fr.):

- davon an Kanton, unter anderem		12'823
Gemeindebeitrag an die Ergänzungsleistungen	5'055	
Finanzausgleich	2'820	
Gemeindebeitrag an den öffentlichen Verkehr	2'516	
Schulgelder an Kanton (Mittelschulgesetz)	1'201	
Alimentenbevorschussung	326	
Beitrag gemäss Suchthilfegesetz	291	
- davon an Gemeinden, unter anderem		9'408
Beitrag an Sozialregion	5'449	
Pflegefinanzierung, Pflegekosten	1'462	
Restkosten Sozialregion	1'286	
Beitrag an Sozialadministration	1'011	
- davon an gemeinwirtschaftliche Unternehmen, u.a.		2'052
Sportpark Olten AG für Eissportbetrieb	750	
Stadttheater Olten AG, netto	647	
Beiträge für Kinder in Heimen	456	
- davon an private Institutionen, unter anderem		3'504
Kinderkrippen	980	
Spitex-Verein Olten	810	
Verein Olten Tourismus	257	
Verein offene Kinderarbeit (Robi-Spielplatz)	232	
Dispositionskredit SR, ordentlich	210	

38 Einlagen in Spezialfinanzierungen

Keine Bemerkungen

39 + 49 Interne Verrechnungen

Interne Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Aufgabenbereichen (Funktionen). Dabei werden insbesondere Personal- und Sachaufwendungen, Zinsen wie auch Erträge zwischen den einzelnen Funktionen verrechnet mit dem Ziel, die betriebswirtschaftliche Aufgabenerfüllung je Aufgabenbereich beurteilen zu können.

40 Steuererträge

Für die Budgetierung wird einerseits das Steuerjahr 2010 mit einem recht hohen Veranlagungsstand als Basis angenommen und andererseits auf die Angaben der kantonalen Steuerverwaltung sowie auf die Prognosen zum Wirtschaftswachstum abgestützt. Die budgetierten Steuereinnahmen liegen insgesamt 2.4 Mio. Fr. über dem Budget 2012.

Festlegung der Steuerfüsse

§ 144 Gemeindegesetz besagt folgendes:

¹ Im Voranschlag ist der Steuerfuss für das nächste Jahr festzusetzen.

² Der Steuerfuss ist so zu bemessen, dass der voraussichtliche Steuerertrag mit dem übrigen Ertrag **mittelfristig** den Aufwand der laufenden Rechnung einschliesslich der notwendigen Abschreibungen finanziert.

Die Festlegung der Steuerfüsse ist somit abhängig von den **mittelfristigen** Planergebnissen und nicht vom Resultat eines Budgetjahres.

Der Stadtrat beantragt basierend auf den Resultaten des Finanzplans 2012 – 2018 den Steuerfuss für natürliche und juristische Personen auf 95% des Staatssteuerbetrages festzulegen.

41 Konzessionen

Keine Bemerkungen.

42 Vermögenserträge

Aufgrund des anhaltend tiefen Zinsniveaus liegen die erwarteten Vermögenserträge 2013 auf der Höhe des Budgetwertes 2012. Die gesteigerten Vermögenserträge stammen aus den höheren Liegenschaftserträgen des Verwaltungsvermögens.

43 Entgelte

Keine Bemerkungen.

45 Rückerstattungen von Gemeinwesen

Im Vergleich zum Vorjahr fallen die budgetierten Schulgelder von anderen Gemeinden tiefer aus.

46 Beiträge für eigene Rechnung

Die tieferen Kosten bei der Heilpädagogischen Sonderschule führen zu tieferen Abgeltungen des Kantons. Für das Budgetresultat der Stadt Olten sind diese Positionen jedoch nicht erfolgswirksam.

7. Ergebnisse der Rechnungen mit Spezialfinanzierungen

141 Feuerwehr

Bei einem Aufwand von rund 1.67 Mio. Fr. und einem Ertrag von rund 1.15 Mio. Fr. schliesst das Budget 2013 mit einem Nettoaufwand von Fr. 526'400 ab. Dieser Betrag liegt leicht höher als im Vorjahresbudget und wird mit allgemeinen Steuermitteln finanziert.

201 und 228 Sonderschulbereich (Sprachheilklassen/Heilpädagogische Sonderschule)

Der Ausgleich der Betriebsrechnungen erfolgt mit einem Staatsbeitrag gemäss Volksschulgesetz.

711 Abwasserentsorgung

Im Bereich Abwasserentsorgung sind bei voller Selbstfinanzierung und einem Umsatz von 4.5 Millionen Franken Abschreibungen von insgesamt 1.9 Mio. Fr. vorgesehen. Die Wiederbeschaffungswerte für die gemeindeeigenen Kanalisationen und Spezialbauwerke wurden vom Amt für Umwelt Kanton Solothurn auf 86,1 Millionen Franken berechnet. Der abzuschreibende Restbuchwert beträgt demgegenüber rund 6.3 Millionen Franken.

721 Abfallbeseitigung

Der Voranschlag rechnet mit einem Betriebsüberschuss und einer Einlage in die Spezialfinanzierung von Fr. 21'600.

783 Konfiskatsammelstelle

Der Voranschlag rechnet mit einem Überschuss und einer Einlage in die Spezialfinanzierung von Fr. 1'700.

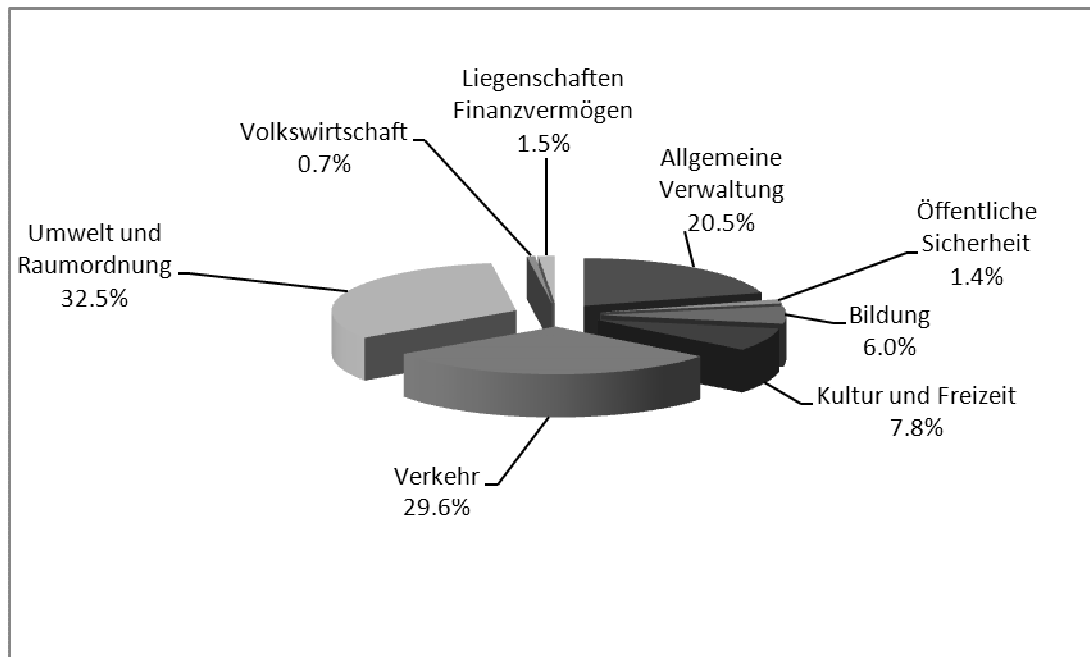
8. Investitionsbudget

Das Gemeindeparlament nahm im September 2012 Kenntnis vom Finanz- und Investitionsplan 2013 – 2019. Das vorliegende Investitionsbudget 2013 stellt eine Weiterbearbeitung dieser Planungsgrundlage dar. Die Notwendigkeit der Investitionen bzw. der Kreditbedarf ist im Anhang zur Investitionsrechnung pro Objekt begründet.

Nebst dem Bedarf für den stetigen Werterhalt im Hoch- und Tiefbau sind folgende Projekte mit Investitionstranchen im Jahr 2013 von über Fr. 600'000 im Voranschlag enthalten:

- | | |
|---|----------------|
| • Sanierung Fassade Stadthaus | 7.000 Mio. Fr. |
| • Verkehrsprojekt Entlastung Region Olten (ERO) | 3.000 Mio. Fr. |
| • Bahnhof Ost Unterführungen | 2.000 Mio. Fr. |
| • Gestaltung Baustein A1 | 1.600 Mio. Fr. |
| • Standortbeitrag für den Neubau der Fachhochschule Olten | 1.500 Mio. Fr. |
| • Bahnhof Ost Veloparkierung | 1.000 Mio. Fr. |
| • Friedhof, Gestaltung Parkplatz oben | 0.900 Mio. Fr. |
| • Eissportanlage, Investitionsbeitrag | 0.800 Mio. Fr. |
| • Erschliessung Kleinholz | 0.750 Mio. Fr. |
| • Wilerfeld, Hochwasserschutz | 0.700 Mio. Fr. |

Die Bruttoinvestitionen teilen sich auf folgende Aufgabenbereiche auf:



Die Investitionen für den Werterhalt können vollständig aus eigenen Mitteln aus der Laufenden Rechnung finanziert werden und die restlichen Projekte durch vorhandenes Eigenkapital gedeckt werden. Das Nettovermögen sinkt dadurch auf Basis der Rechnung 2011 und Budget 2012 auf rund Fr. 830 pro Kopf (Rechnung 2011 = Fr. 1'565).

9. Interpretation und Anmerkungen zu relevanten Kennzahlen

Selbstfinanzierungsgrad

allgemein	
unter 70 %	grosse Neuverschuldung
70 – 100 %	verantwortbare Neuverschuldung

Der Selbstfinanzierungsgrad eines Jahres ist nur bedingt aussagefähig, da er vom Investitionsvolumen stark abhängig ist und deshalb von Jahr zu Jahr grossen Schwankungen unterworfen sein kann. Die Beurteilung über eine längere Planperiode hat die grössere Aussagekraft. Zudem muss die Nutzungsdauer einer grösseren Investition in die Finanzüberlegungen miteinbezogen werden (Nachhaltigkeit der Investition).

Gegenüber der Jahresrechnung 2011 verbessert sich der Selbstfinanzierungsgrad auf 64.6%. Als Einzelwert mag dieser aber nicht genügen. Der Blick auf die Investitionskategorien zeigt jedoch, dass die werterhaltenden Investitionen zu 100% selbstfinanziert sind.

Nettoschuld pro Einwohner

Die Beurteilung dieser Kennzahl ist im neuen Rechnungsmodell wie folgt definiert:

bis 1'000 Fr.	geringe Verschuldung
1'001 – 2'500 Fr.	mittlere Verschuldung
2'501 – 5'000 Fr.	hohe Verschuldung
> 5'000 Fr.	sehr hohe Verschuldung

Aufgrund der aktuellen Finanzkraft und den festgelegten Finanzziele mussten bereits im Rahmen des Finanzplans Prioritäten gesetzt werden.

Der im Finanzplan 2013 – 2019 aufgezeigte Abbau des Nettovermögens bis zu einer Nettoschuld von Fr. 2'072 pro Einwohner per Ende der Planperiode zeigt die Notwendigkeit einer langfristig ausgelegten, nachhaltigen Finanzplanung.

10. Zusammenfassung

Der Voranschlag 2013 wurde basierend auf den Budgetvorgaben und dem Finanzleitbild erstellt. Die Vorgabe zum Halten des Steuersatzes bei 95% wurde auf der Basis eines realistischen Szenarios unter Einbezug aller verfügbaren Informationen im Laufe des Planungsprozesses überprüft und bestätigt.

Die hohe Investitionstätigkeit in der Planperiode des Finanzplans zeigt mit ihren Auswirkungen auf den Selbstfinanzierungsgrad und damit auf die Verschuldung mit aller Deutlichkeit die finanziellen Grenzen für den Haushalt der Stadt Olten und die damit verbundene Notwendigkeit der massvollen Prioritätensetzung.

Mögliche Veränderungen in der Wirtschaftslage und bei den Steuereinnahmen verlangen eine periodische und kritische Überprüfung der mittelfristigen Planung.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Voranschlag 2013 der Laufenden Rechnung mit einem Mehrertrag von Fr. 79'000 wird genehmigt.
2. Die Investitionsrechnung der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von Fr. 28'745'000 wird genehmigt.
3. Die Feuerwehersatzabgabe wird unverändert auf 9% der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum Fr. 400.00).
4. Der Steuerfuss für die natürlichen Personen wird unverändert auf 95% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
5. Der Steuerfuss für die juristischen Personen wird unverändert auf 95% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
6. Das Budget der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 543'500 wird genehmigt.
7. Das Budget des Regionalen Führungsstabs Bevölkerungsschutz (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 40'200 wird genehmigt.
8. Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 35'220'100 wird genehmigt.
9. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 20 Millionen Franken aufzunehmen.

II.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

EINTRETEN

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Bevor ich auf den Voranschlag eingehe, sage ich, wie ich gerne vorgehen möchte. Als Erstes werden wir über das Eintreten abstimmen. Nachher werde ich seitenweise durch die laufende Rechnung gehen. Gewisse Fragen sind schon eingegangen. Ich werde relativ rasch durchgehen. Einfach gut aufpassen. Dann werde ich das Gleiche mit der Investitionsrechnung machen. Die Beilage werde ich nicht einzeln durchgehen, sondern sie direkt mit der Investitionsrechnung behandeln, ebenfalls seitenweise und nachher quasi kapitelweise durch die Spezialfinanzierungen. Bevor ich auf den Beschlussesantrag komme, werde ich die Giroud-Olma-Halle behandeln, weil es budgetrelevant ist. Dann werde ich den Antrag der SVP zu den Steuern, das heisst zuerst im Beschlussesantrag über die

Punkte 4 und 5 abstimmen lassen, damit wir die Steuern geklärt haben, so dass wir dann, falls es allfällige Anpassungen gibt, über die Beschlussesanträge einzeln abstimmen und am Schluss eine Schlussabstimmung machen können. Ist dies für alles so in Ordnung?

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Lukas Derendinger: Die Mitglieder der GPK haben auch in diesem Jahr das vorliegende Budget der Stadt Olten intensiv studiert und ich möchte im Namen der GPK allen Beteiligten, speziell der Finanzverwaltung, aber auch den Mitarbeitenden aus allen anderen Direktionen für die geleistete Arbeit ganz herzlich danken. In der Fragestunde sind verschiedenste Themen zur Sprache gekommen, und so haben wir zum Beispiel gelernt, dass allein der Umbau und die Ausrüstung eines Polizeiautos rund Fr. 100'000.— verschlingt, wir in Olten militärische Gebäude haben oder dass die neuen Bahnhöfe in Solothurn West und Bellach das Oltner Budget belasten. Das möchte ich aber hier nicht kritisiert haben. Der Stadtrat hat uns weiter erklärt, dass das Projekt Records Management für das Stadtarchiv auf gutem Weg sei und unser Stadtarchivar bis Ende 2013 in Pension gehen wird und es dort eine Nachfolge braucht. Deshalb die erhöhten Kosten im nächsten Jahr. Diskutiert worden sind weiter die Integrationsarbeit. Neben dem Projekt Empfang ausländischer Eltern, das 2011 von der Direktion Bildung und Sport übernommen wurde, sind auch Themenabende zur Vermittlung von alltagsrelevanten Informationen veranstaltet worden. Ein letzter grosser Diskussionsbedarf zur laufenden Rechnung hat es beim Thema Stadtentwicklung gegeben. Auf die Frage nach den steigenden Kosten war die Antwort des Stadtrates: Wenn Stadtentwicklung, dann richtig und mit der Fondsentnahme von Fr. 100'000.— sei auch die Finanzierung sicher gestellt. Zur Investitionsrechnung hat es neben rein technischen Fragen zwei gegeben, die auch politisch zu werten sind. Die erste, ob es denn tatsächlich jetzt schon eine neue Videoüberwachung im Winkel brauche, wo doch noch gar nicht so richtig klar sei, wie es dort eigentlich weitergehen sollte. Die Antwort des Stadtrates war auch hier klar: Ja, es braucht sie. Die zweite war nach dem Terminplan des Projektes Bahnhof Ost und insbesondere hier, weshalb die Strassen erst 2015 – 2017 gestaltet werden sollten. Hier konnte uns der Stadtrat versichern, dass insbesondere die Tannwaldstrasse bereits 2014 eröffnet wird und nur die Martin-Disteli-Strasse und der Wendehammer, der jetzt ja schon besteht, anschliessend folgen sollten. Eine letzte und wiederkehrende Frage zu den Investitionen war, ob die geplanten Investitionen dann voraussichtlich auch wirklich werden getätigt werden können. Hier ist uns auch, weil viele Projekte schon ziemlich weit fortgeschritten sind, vom Stadtrat prognostiziert worden, dass es 2013 einen sehr hohen Prozentsatz geben sollte. Zum Schluss sind vor allem zwei allgemeine Fragen noch diskutiert worden. Was sind die grossen Risiken des Budgets 2013 und welches waren die Überlegungen des Stadtrates in Sachen Lohnanpassungen? Zu den Risiken wurde ausgeführt, dass die grössten vor allem bei den Steuereinnahmen liegen. Es sei aber ein realistisches Szenario gewählt worden. Bei der Lohnfrage sieht die Situation laut Stadtrat so aus, dass eine Minussteuerung – ich würde dies jetzt fast schon eine Verbilligung nennen – im Rahmen steht und schweizweit bei der öffentlichen Hand kaum Lohnanpassungen ausgerichtet werden. Nach einer kurzen Eintretensdebatte, wo noch ein paar der vorher gestellten Fragen etwas ausführlicher diskutiert wurden, hat die GPK einstimmig Eintreten beschlossen und ebenfalls einstimmig wurde den Beschlussesanträgen zugestimmt.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich möchte vorweg auch danken, nämlich der GPK, für die sehr effiziente Arbeit in der Fragestunde und auch am berühmten GPK-Budgettag sowie dem Präsidenten für seine Ausführungen, die wir jetzt gerade hören durften. Der Finanzbereich der Stadt Olten ist in den letzten Jahren ein Ganzjahresgeschäft geworden. Das tönt jetzt etwas speziell. Aber es ist so, dass wir, wenn wir das Budget heute Abend abgesegnet haben, eigentlich schon mit dem nächsten beginnen. Es gibt keine sogenannten ruhigen Phasen zwischen Rechnung, Finanzplan und Budget mehr. Der Grund ist erklärbar, genau so wie sich in der Wirtschaft viele Sachen sehr schnell entwickeln, positiv, aber auch negativ, wie sich in

unserer Gesellschaft Politik, Bund, Kanton, Stadt spezielle Sachen ereignen, zum Beispiel Entscheidungen mit Ausgabentransfer von oben nach unten, unten dann sehr schnell zu Auswirkungen führen, im Gegensatz zu Entscheidungen der öffentlichen Hand für die Vorwärtsentwicklung. Projektentscheide gehen manchmal langsam, manchmal fast zerstörerisch träge. Ich weiss, das ist unser System. Genauso müssen wir im Verantwortungsbereich der Finanzen reagieren, noch viel besser wäre aber agieren. Das Gemeinschaftswerk 2013 ist kein 0815-Budget. Die Vorgaben, Vorbedingungen, das finanzielle Umfeld sind und waren aktuell und alles Andere als einfach. Das gilt sowohl für die Einnahmen- wie auch für die Ausgabenseite. Wir lesen ja im Moment jeden Tag in der Zeitung, dass gerade am Gemeindefinanzhimmel an einigen Orten dunklere Wolken hängen. Steuererhöhungen sind immer wieder Thema. Ihr erinnert an Euch an meine finanziellen Weisheiten, die ich beim Finanzplan gesagt habe. Ich möchte drei davon noch einmal zitieren: „Es wurde in der Politik schon oft versucht, nicht vorhandenes Geld auszugeben“. „Das Wunschdenken verwirrt nicht nur die Köpfe“ – ich meine in der Finanzpolitik – „sondern hinterlässt auch in der Finanzbudgetierung tiefe Spuren“. Und – das ist ganz banal – „Wir haben ein Problem mit Soll und Haben. Wir sollten, aber wir haben nicht“. Das sind banale Aussagen, aber eigentlich treffen sie immer wieder den Punkt. Der Finanzplan mit den geplanten Investitionen ist das Führungsinstrument des Stadtrates für eine mehrjährige Phase, und mit dem Budget führen wir unseren Betrieb Jahr für Jahr ganz praktisch. Deshalb müssen die Budgetzahlen relativ präzise und genau sein. Darum haben wir auch das Zero-Base-Budgeting, das wir anwenden. Wir budgetieren, was wir brauchen. Keine Fortschreibung zum Vorjahr mit irgendwelchen Anpassungen nach oben. Wir wissen aber auch, dass der Stadtrat, je nach Dimension auch das Parlament, die Flexibilität behalten können muss. Das heisst wiederum, dass eigentlich das System der Nachtragskredite per se nichts Schlechtes, sondern eigentlich auch Teil der Finanzführung ist. Ich möchte jetzt zu einigen Punkten des Budgets ein paar Ausführungen machen. Der beeinflussbare Gesamtaufwand der Stadt Olten ist etwas höher als bei kleineren Kommunen, aber weit weg von 25 % des Gesamtvolumens. Einfach, damit wir einmal die Dimension spüren. Ich erinnere daran, dass wir den Sachaufwand im Budget 2012 um 5 % zum Budget 2011 gekürzt haben. Die jetzige Vorgabe für 2013 hat vom Stadtrat gelaute: Kürzung des Sachaufwands um 2 % im Vergleich zum Budget 2012. Das haben wir auch geschafft, so dass man sagen kann, dass sich der Sachaufwand in den letzten zwei Jahren um 7 % verringert hat. Das Besondere am Sachaufwand 2013 findet Ihr im Bericht und Antrag auf Seite 6. Hier verweise ich dann auch noch auf die separate Vorlage zum Thema Giroud-Olma-Halle. Es gibt Gesetzmässigkeiten, die nur alle zwei Jahre eintreten. Das wirkt sich natürlich aus. Zum Personalaufwand: Es ist schon vom Präsidenten der GPK angesprochen worden. Die Personalverbände der Stadt Olten haben gemeinsam eine Eingabe an den Stadtrat gemacht und eine generelle Lohnanpassung von 0,5 % gefordert. Der Stadtrat beantragt dem Gemeindeparlament eine Nullrunde, analog dem Kanton Solothurn, aber auch analog von anderen Institutionen der öffentlichen Hand. Wir erachten es in der heutigen Zeit mit zunehmendem Arbeitsplatzabbau und doch recht schwieriger Wirtschaftslage als nicht richtig, eine Lohnanpassung zu beantragen, zumal wir eine Verbilligung – ich brauche das Wort jetzt – eine Minussteuerung aufweisen. Die Bruttobesoldungen beim Verwaltungs- und Betriebspersonal, ebenso bei den Lehrkräften, sinken. Die Kostensteigerung von 0,2 %, wenn man dies richtig rechnet, setzt sich zusammen aus Beiträgen an die Sozialversicherungen und sogenannten übrigen Personalkosten. Hier ein Beispiel: Behörden und Kommissionen plus Fr. 120'000.—, sprich Wahljahr 2013. Das ist der Grund. Kostensteigerungen anderer Art: Wir haben eine starke Kostensteigerung von ca. Fr. 860'000.— bei der sozialen Wohlfahrt zu verzeichnen. Das rührt daher, dass wir im Bereich Lastenausgleich für gesetzliche Sozialhilfe ca. Fr. 300'000.— und im Bereich EL Gemeindebeitrag rund Fr. 620'000.— mehr bezahlen müssen. Um eine Vorstellung zu geben, wie gebunden die Gemeinden sind: Der Kanton, das Amt für soziale Sicherheit, übermittelt den Gemeinden jedes Jahr eine sogenannte Jahresendprognose zum Ende des Jahres und eine voraussichtlichen Voranschlag für das neue Jahr. Hier sieht man die Kosten für die soziale Sicherheit und Gesundheit pro Einwohner, die wir berücksichtigen müssen. Die Steigerung von 2010 bis 2013 war von Fr. 664.— auf Fr. 875.— pro Einwohner und ist doch relativ gross. Man muss es pro Einwohner umrechnen.

Das führt bei einigen Gemeinden zu grössten Budgetierungsproblemen und zu einer sogenannten Investitionslethargie. Sie können gar nichts mehr investieren. Die sinkenden Restkosten – das ist jetzt das Gegenstück dazu – der Sozialregion Olten dämpfen diese Kostenexplosion um immerhin Fr. 175'000.—. Der Beitrag der Stadt Olten, wie es der Präsident der GPK gesagt hat, an den ÖV steigt auch um Fr. 400'000.—. Diese Summe ist fast mit einem Projekt abzudecken, nämlich mit dem städtischen Anteil an den Neubau von zwei Bahnstationen Solothurn West und Bellach. Wir finanzieren über den kantonalen Lastenausgleich den ÖV. Hier ist die Stadt Olten klar auch die beste Zahlerin. Ich habe hier im Haus schon mehrmals gesagt, wie der Mechanismus im ÖV-Bereich funktioniert. Meine Lieblingszahl: Der kantonale Finanzausgleich. Wir haben im Budget eine Mehrbelastung von wiederum fast Fr. 100'000.— zum Vorjahr und zahlen gerne 2,85 Millionen Franken von total 7,5 Millionen des Gesamtvolumens. Die Stadt Olten zahlt für den gesamten Finanzausgleich, der 7,5 Millionen Franken beträgt, 2,85 Millionen. Der Sprung von 2010 auf 2013 ist Fr. 600'000.—. Das hat klar etwas mit der Kraft der Stadt Olten zu tun. Wir wissen ja, dass rund 30 % der Steuereinnahmen des Kantons Solothurn aus der Region Olten kommen. Ich komme zu den Einnahmen. Eine Bemerkung vorweg: Wir haben in keiner Art und Weise versucht, über Einnahmen zu glätten oder anders ausgedrückt, einfach die Einnahmen nach oben anzupassen, damit wir eine ausgeglichene Rechnung erhalten. Das kann man nachvollziehen, wenn man die Einnahmehzahlen im Vergleich zum Vorjahr kennt. Ich erinnere an die Mitglieder der GPK, wie Markus Sieber es auch sehr schön dargestellt hat. Der Stadtrat hat klar bestimmt – Sie erinnern sich – dass im Finanzplan 2013 – 2019 mit einem Steuerfuss von 95 % gerechnet und geplant wird. Das gilt natürlich auch für das Budget 2013. In den letzten Jahren haben sich die Steuereinnahmen, zusammengesetzt aus zum Beispiel 60 % Kapitalsteuern gleich juristische Personen und dementsprechend 40 % Einkommens- und Vermögenssteuern von uns natürlichen Personen. Jetzt haben wir fast eine ausgeglichene Situation, etwa 50/50. Die Planung der Kapitalsteuern war in diesem Jahr extrem schwierig. Der Grund dürfte allen bekannt sein. Den Namen sage ich nicht. Wir haben versucht, die wirtschaftliche Lage der wichtigsten Beteiligten zu berücksichtigen, auch in Absprache mit dem Kanton. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass der Spielraum sehr eng war. Das Gegenstück: Wir haben eine gute Zunahme bei den natürlichen Personen, und das ist auch völlig anders als im Kanton, wo wir gewissermassen Ausfälle auf der anderen Seite auffangen konnten oder denken, man könne sie auffangen. Ich warne hier, liebe Kolleginnen und Kollegen der SVP, kategorisch vor einer Korrektur des Steuerfusses nach unten. Ich erachte Nutzen und Gewinn im Vergleich zu Risiko, Nachhaltigkeit in einem absoluten negativen Verhältnis. Ein Steuerprozent beläuft sich auf Fr. 880'000.—. Die einzelnen Steuerzahlenden merken ein Prozent schlicht und einfach nicht. Meine finanzpolitische Maxime in den letzten zwölf Jahren war ja, wenn immer möglich hinunter, dann wirklich, mit nicht zu kleinen, aber auch nicht zu grossen Sprüngen und ein Prozent ist ein sogenannter kleiner Sprung. Die Verantwortung steht hier für den Stadtrat, für mich im Vordergrund. Investitionspaket: Wir schnüren ein grosses Investitionspaket von 28,8 Millionen Franken und ich wiederhole dies gerne auch immer wieder hier: Die Stadt Olten kann sich grundsätzlich eine durchschnittliche Investitionstranche von 15 bis maximal 18 Millionen Franken leisten. Dies natürlich finanziell, aber auch strukturell und personell. Wir haben grossen Nachholbedarf. Vorher haben wir es wieder gehört. Wir hatten zwei Erklärungen zu Baustellen. Auf diesem Gebiet haben wir sicher grossen Nachholbedarf. Aber nicht nur beim Bauen haben wir Nachholbedarf oder müssen wir investieren. Wir wissen auch, dass einzelne Projekte durch politische Mühlen müssen. Das kann fallieren. Aber der Stadtrat hat hier auch klar die Führung, muss sie auch haben und beantragt mit der Zielsetzung gemäss Leitbild und Regierungsprogramm solche Investitionsthemen und –projekte. Man schaut aktuell auf unsere Stadt. Wir sind alle gerade bei den Investitionen sehr gefordert, das Beste für unsere Bevölkerung, aber auch für die Region zu realisieren. Letzter Punkt meiner Details: Er ist auch vom Präsidenten angesprochen worden. Die Risiken des Budgets 2013. Wir glauben, dass wir die Kostenseite im Griff haben. Eine Unsicherheit sind die Beiträge an den Kanton. Das kann relativ schnell gehen. Deshalb sage ich eben, man muss fast etwas konservativ sein, damit man reagieren kann. Wir möchten nicht immer reagieren. Auf der Einnahmenseite haben wir realistisch mit einer gewissen konservativen Note budgetiert. Diese Art hat sich bei uns bis dato

immer wieder bewährt und uns immer wieder recht gegeben. Bei den Investitionen haben wir eine generelle Kürzung von 10 %. Das sieht man aus dem Budget und ist bereits im Finanzplan von uns erklärt worden. Wir glauben, dass wir die Risiken sehr gut im Griff haben. Fazit oder eine Zusammenfassung von mir: Es ist mein letztes Budget als Verantwortlicher für die Finanzen und war bei Weitem nicht das Einfachste. Nackte Zahlen sind ja das Eine, aber auch strategische Überlegungen, die vielen Kundenkontakte, sprich mit unseren Steuerzahlenden. Was ich jetzt sage, soll nicht bluffisch tönen. Aber die Kenntnisse, die man hat, wenn man in der Finanzkommission des Kantonsrates sitzt, viele Stunden der Beratung mit Finanzverwalter Markus Sieber und seinem Nachfolger Urs Tanner, die grosse Unterstützung des Stadtrates und die tolle Arbeit der Verwaltung haben zu diesem vorliegenden Werk geführt. Das ist die andere Seite. Der Finanzminister ist grundsätzlich konservativ. Das ist einfach so. Ich glaube, es gibt keine anderen Konstrukte. Das gilt auch für mich. Wenn meine Stadt Olten ihren Weg nach vorne gehen will, ist das für mich ein Must, dass man etwas konservativ ist. Aber die Finanzen müssen in Ordnung sein, die Vorwärtsstrategie und die praktische Auswirkung. Man muss also damit das Vorwärtsgen ermöglichen können. Mit dem Finanzplan 2013 – 2019 und dem vorliegenden Budget 2013 sind wir hier auf Kurs. Die Korrekturen bei den Ausgaben sind gemacht worden. Das Investitionsvolumen ist kraft der zahlreichen Aufgaben sehr hoch. Das hilft aber auch der Wirtschaft. Das muss man auch noch sagen. Die Einnahmenseite mit dem aktuellen Steuerfuss muss man jederzeit im Auge behalten. Der Steuerfuss stimmt für uns absolut. Ich wage die Behauptung, dass es auch noch für weitere Jahre stimmt. Andere erhöhen oder müssen dies auch. Ich danke auch dem Parlament für das Mitziehen im Finanzbereich in den letzten Jahren. In dieser Sache beweist das Parlament Stabilität. Im Namen des Stadtrates möchte ich Euch bitten, auf das Budget einzutreten – das habt Ihr schon gemacht; danke – und den Beschlussesanträgen zuzustimmen. Das Parlament setzt ein klares Zeichen für unsere Bevölkerung, aber auch für die Region und den Kanton. Der Finanzdirektor des Kantons Solothurn hat mir heute auch gesagt: „Bringt dieses Budget. Das ist gut“. Olten geht es auf gutem Niveau gut, und das soll eigentlich so bleiben. Wir danken Ihnen, wenn Sie den Beschlussesanträgen zustimmen.

Felix Wettstein: Das Wichtigste vorweg: Die Fraktion der Grünen wird den Beschlussesanträgen zum Budget zustimmen, jedenfalls wenn nicht noch daran korrigiert wird. Wir stimmen also der Vorgabe, wie sie uns der Stadtrat vorschlägt, zu. Im Rahmen dessen, was der Stadtrat mit dem Finanz- und Investitionsplan vorgelegt hat, ist das Budget sehr klar und gut einzuordnen. Ich sage einmal, es war absehbar und ist in sich stimmig. Wir haben vor zwei Monaten bei der Beratung des Finanz- und Investitionsplanes kritisiert, dass uns einiges zu schleppend vorangeht, dass ursprünglich versprochene Zeitpläne ziemlich nach hinten gestreckt werden, zum Beispiel bei einzelnen Bausteinen des Bahnhofs Ost, bei ANDAARE, beim Bahnhofplatz, auf den wir schon lange sehnlichst warten usw. An dieser kritischen Einschätzung hat sich nichts geändert. Wir stören uns immer noch daran, dass es zum Beispiel zum Parkleitsystem oder zur Verbesserung der Situation im Winkel im Budget 2013 überhaupt nichts hat. Wenn wir auf die grossen Vorhaben des Kantons schauen, ERO, Neubau Fachhochschule, Spital, stellen wir mit einem gewissen Neid fest, dass der Zeitplan dort sogar häufig unterboten wird. Im Unterschied dazu nimmt sich die Stadt Olten entweder zu viel vor oder, so wie wir es eher sehen, sie hat zu wenig Power, um die grösseren Vorhaben in der Zeit zu realisieren. Es kommt immer wieder der Hinweis, wir könnten uns so viele Investitionen gar nicht leisten. Und immer wieder zeigen die Jahresrechnungen, dass wir uns noch mehr hätten leisten können. Wir möchten einmal mehr daran erinnern, dass die Stadt eine Ausgleichsreserve von 38 Millionen Franken anlegen konnte. Wofür denn eigentlich? Wenn man aktuell die Steuererträge, vor allem der juristischen Personen, immer noch sehr zurückhaltend veranschlagen muss, ist es sicher berechtigt, einen Teil dieser Ausgleichsreserve anzuzapfen und für fällige Investitionen einzusetzen. Wir schmälern ja dadurch unseren Selbstfinanzierungsgrad nicht. Ich möchte noch etwas zum Thema Investitionslethargie sagen, die ja zum Glück doch nicht auf die Stadt Olten zutrifft. Wir haben heute Abend in den Fraktionserklärungen davon gehört. Ernst Zingg, Investitionslethargie ist nach meiner Einschätzung nicht eine Folge von zu stark gestiegenen Ergänzungsleistungen,

sondern in den Vorjahren zu sehr gesenkten Steuern. In der Detailberatung werden wir Grüne hier und dort Fragen stellen. Wir haben sie im Vorfeld eingereicht. Ich kann jetzt schon ankündigen, dass wir in einem Punkt und zwar zum Thema Stadtplanung einen Änderungsantrag anbringen werden. Zum Stichwort räumliche Entwicklungsstrategie. Das ist nach unserer Einschätzung ein so zentrales und dringliches Projekt, dass wir nicht erst im Jahr 2014 damit anfangen können wollen. Wir werden beantragen, dass wir die Gelder, die es dafür gemäss Finanz- und Investitionsplan braucht, um ein Jahr nach vorne ziehen, das heisst im Jahr 2013 die ersten Fr. 50'000.— einsetzen. Wenn wir dies nicht so machen, drohen wir einmal mehr, das Pferd am Schwanz aufzubinden, zuerst die Einzelprojekte und hintendrein die Strategie, die dann an die vollendeten Tatsachen angepasst werden muss. Zum Thema Untermietvertrag bei der Giroud-Olma-Halle wird meine Kollegin Myriam Frey später noch unsere Position darlegen. Ich möchte abschliessend Markus Sieber danken. Bei ihm war es ganz sicher das letzte Budget. Ernst Zingg wird jetzt noch, weil er ab morgen bereits am neuen Budget arbeiten muss, noch ein halbes Jahr am nächsten Budget dran bleiben. Aber für Markus Sieber war es das letzte. Wir haben Ihre Art und Ihre Kompetenz unglaublich geschätzt und haben auch geschätzt zu beobachten, wie wirklich die Unterlagen, wie wir im Parlament bedient wurden, auch laufend noch besser geworden sind. Es wurde aufgenommen, wenn wir Anregungen gemacht haben. Ich bedauere es, dass Sie nicht mehr länger bei uns dabei sind, verstehe diesen Weg natürlich auch und möchte einfach danke sagen.

Gert Winter: Die SVP stellt zu den Beschlussesanträgen 4 und 5 eigene Anträge, die eine Reduktion der Gemeindesteuerfüsse um einen Prozentpunkt beinhalten. Wieso kommen wir zu diesen Anträgen? Der diesjährige Voranschlag sieht einen Überschuss von Fr. 79'000.—und somit eine Punktlandung, diesmal im schwarzen Bereich, vor. Das ist grundsätzlich ein gutes Ergebnis, das allerdings noch deutlich besser ausfallen könnte, wenn bei der Investitionstätigkeit vermehrt und etwas schneller Mass gehalten würde, als dies gemäss der stadträtlichen Politik vorgesehen ist. Der Drang, das derzeitige Pro-Kopf-Vermögen möglichst rasch auszugeben und in den nächsten Jahren zu einer Pro-Kopf-Verschuldung zu kommen, wird sich im Ergebnis bald einmal negativ auf die Standortattraktivität auswirken, indem eine solche Politik mittelfristig den Druck erhöht, die Lösung kommunaler Probleme der Einfachheit halber in Steuererhöhungen zu suchen und sich damit wieder einmal in den Kreis der Verlierer des kommunalen Standortwettbewerbs zu begeben. Diese Entwicklung zeichnet sich meiner Meinung nach heute schon ab und wirkt sich über kurz oder lang standortschädigend aus. Das wollen wir nicht. Die Bevölkerung soll vielmehr davon ausgehen können, dass die Gemeindesteuern trotz weiterhin gutem kommunalem Leistungsangebot jedenfalls nicht steigen und tendenziell eher sinken. Das heisst, wir wollen eine Fortsetzung der erfolgreichen bürgerlichen Steuersenkungspolitik. Ich darf in diesen Zusammenhang daran erinnern, dass der Steuerfuss im Jahr 2004 für natürliche Personen bei 112 % und für juristische Personen bei 122 % lag. Trotzdem sind die Steuereinnahmen seither nicht eingebrochen, sondern deutlich angestiegen. Auch die erst auf das Steuerjahr 2012 wirksam gewordene Senkung des Steuerfusses um 5 % vermag an dieser Feststellung nichts zu ändern. Das dürfte nicht zuletzt auch damit zusammenhängen, dass die Ausfälle durch den Zuzug von guten Steuerzahlern zumindest teilweise kompensiert werden können. Diesen Trend sollte man nicht brechen. Wir schlagen Ihnen deshalb eine moderate Steuersenkung um einen Prozentpunkt für natürliche und juristische Personen, das heisst auf 94 % der einfachen Staatssteuertarife vor. In einem Umfeld, in dem andere solothurnische Gemeinden bereits zu Steuererhöhungen greifen müssen, wäre dies ein Zeichen, das weit über Olten hinaus Beachtung fände und werbewirksam wäre. Wie sehen eigentlich die bisherigen Erfahrungen in Olten mit Steuersenkungen aus? Wie bereits erwähnt, lag der Steuerfuss im Jahr 2004 für natürliche Personen bei 112 % und für juristische Personen bei 122 %. Bei dieser vergleichsweise hohen Belastung hat sich bei der Gemeindesteuer ein Nettoertrag von rund 68,16 Millionen Franken ergeben. Die entsprechende Zahl für das Jahr 2013 bei einem Steuersatz für natürliche und juristische Personen von lediglich 95 % lautet gemäss Voranschlag auf 83,125 Millionen. Weil der Gemeindesteuerertrag in einem Voranschlag eher konservativ geschätzt wird, dürfte der tatsächlich erzielte Steuerertrag in der Rechnung eventuell noch etwas besser ausfallen. Die

Differenz ist in jedem Fall ansehnlich, auch wenn dabei noch ein sechsprozentiger Kaufkraftverlust im entsprechenden Zeitraum in Rechnung gestellt wird. Sicher ist jedenfalls, dass eine Senkung des Steuerfusses nicht im Verhältnis 1 : 1 auf den Nettoertrag der Gemeindesteuern durchschlägt. Ebenfalls sicher ist, dass Standorte mit tieferer Steuerbelastung auf lange Sicht gegenüber solchen mit höherer Belastung tendenziell im Vorteil sind und sich auch wesentlich mehr leisten können. Unserer Meinung nach müssen derartige Überlegungen im Zentrum einer langfristigen bürgerlichen Finanzpolitik stehen. Wir verkennen dabei nicht, dass der Steuerfuss nicht das einzige Kriterium für die Wohnsitznahme oder die Standortwahl ist. Im Kanton Solothurn, der im schweizerischen Vergleich in Bezug auf die Steuerbelastung leider ziemlich schlecht abschneidet, müsste eine ambitionierte Gemeindeexekutive aber nicht nur im Bereich der Investitionen, sondern auch in dem Bereich besondere Anstrengungen auf sich nehmen. Würden die Gemeindesteuern antragsgemäss um einen Prozentpunkt gesenkt, würde das Budget natürlich mit einem Minus abschliessen. Das wäre unserer Meinung nach vorübergehend in Kauf zu nehmen und zu verkraften. Erwartet wird allerdings auch, dass seitens der Stadt gelegentlich dann auch die Voraussetzungen geschaffen werden, dass sich allfällige Interessenten auch tatsächlich in Olten niederlassen können. Fortschritte in Olten SüdWest, der Baubeginn würden wir jedenfalls begrüßen, ist doch mit diesem Quartier auch eine Hoffnung auf qualitatives Wachstum verbunden. In diesem Sinne beantragen wir Ihnen die Senkung des Gemeindesteuerfusses auf 94 %.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Das Budget 2013 zeigt, dass die Stadt Olten ihre Finanzen im Griff hat, auch in wirtschaftlichen schwierigeren Zeiten, auch in Zeiten, wo es kaum beeinflussbare Kostensteigerungen, Kostenverlagerungen vom Kanton auf die Gemeinden gibt. Die Stadt Olten kann diese Kostensteigerung jetzt noch verkraften. Aber im Interesse der Solidarität und des Lastenausgleichs unter den Gemeinden kann es so nicht weiter gehen. Es gibt Gemeinden – man konnte dies in der Zeitung lesen – die einen Selbstfinanzierungsgrad von 12 % haben. Das sind schon fast griechische Verhältnisse. Ein Grund, weshalb sie solche Sachen haben, sind die Kostensteigerungen im Sozialbereich und zum Teil auch im Bildungsbereich. Diese Kostenexplosion sieht man auch in der Stadt Olten. Die Mehrkosten 2010 bis 2013 für soziale Sicherheit und die Gesundheit haben 3,6 Millionen Franken betragen. Es sieht fast noch etwas anders aus, wenn man sagt, was dies pro Kopf ist, von Fr. 613.— auf Fr. 818.—. Das ist gut ein Drittel. Olten kann sich dies leisten. Olten kann sich auch überdurchschnittlich hohe Investitionen leisten. Diese Investitionen sind erwünscht. Wir sind froh, dass man sie macht, und wir sind froh, dass es auch weiter geht. Uns ist aber auch bewusst, dass es nicht immer so weiter gehen kann. Das Investitionsvolumen von Fr. 1'600.— pro Kopf kann langfristig nicht so hoch bleiben. Im Interesse von gesunden Finanzen müssen wir mittelfristig wieder auf ein verkraftbares Mass hinunter gehen. Das ist etwa halb so gross wie im nächsten Jahr. Wir wissen alle, dass es, wenn wir einmal auf einem bestimmten Anspruchsniveau sind, schwierig ist, herunter zu kommen, selbst wenn es nicht einmal sparen ist, sondern nur etwas weniger machen als wir vorher gemacht haben. Investitionen haben aber auch immer einen Nutzen. Wir gehen mindestens davon aus, dass die Investitionen, die wir machen, einen Nutzen haben. Ganz exemplarisch zeigt sich dies auch bei den Investitionen in der steuerlichen Attraktivität der Stadt Olten. Vor einem Jahr konnten wir hier im Parlament den Steuersatz dank der geschlossenen bürgerlichen Parteien – ich danke SVP, ich danke CVP – um 5 % senken. Man sieht eigentlich auch schon, dass es sich auswirkt. Unsere finanziellen Kennzahlen des Budgets 2013 sind trotz oder vielleicht auch wegen dieser Steuersenkung besser als im Budget 2012. Wir sehen im Budget 2013, dass dies das Steuersubstrat der natürlichen Personen spürbar erhöht, ein Gegensatz zum Trend im Kanton, wo dies nicht der Fall ist. Offensichtlich kommen mehr Leute nach Olten, die auch mehr Steuern bezahlen. Wir sind offensichtlich attraktiver geworden. Dank der Überbauungen, aber auch dank dieser Rahmenbedingungen. Das ist besonders wichtig in einem Zeitpunkt, wo die juristischen Personen nicht mehr ganz so finanzstark sind wie auch schon. Zwei kritische Punkte möchten wir bei allem Lob auch noch erwähnen. Wir begrüßen, dass der Stadtrat in den Zielsetzungen die Senkung des Sachaufwands von 2 % postuliert hat. Seine Budgetrichtlinien waren ganz klar formuliert. „Der Sachaufwand ist gegenüber dem Budget 2012 generell um 2 % zu senken. Abweichungen sind

direktionsweise zu begründen“. Der Stadtrat sagt auf Seite 6 seines Berichts, er habe das Ziel, die Vorgabe erreicht. Wir sehen diese Beurteilung nicht ganz so klar, denn im Gegensatz zum Stadtrat gehen wir davon aus, dass auch periodische Kostenschwankungen nicht einfach aus einer Rechnung heraus gerechnet werden, damit man auf 2 % kommt, sondern sie müssten im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik auch periodisch kompensiert werden. Wenn man es so rechnet, sinkt im Budget 2013 der Sachaufwand nicht um 2 %, sondern er steigt um 0,58 %. So oder so: Auch diese Zahl zeigt, dass der Sachaufwand auch in Zukunft sehr genau angeschaut werden muss. Wenn man heute so rechnet, muss man einfach im nächsten Jahr mehr zurück gehen. Wenn man heute anders rechnet, kann man im nächsten Jahr in den Budgetrichtlinien, die vom Stadtrat ja sehr bald aufgenommen werden, vielleicht auf eine Reduktion von 2 % gehen. Ein anderes Thema ist die Pensionskasse. Dieses Thema ist ungelöst. Ihr könnt Euch erinnern: An der Parlamentssitzung vom 15. Dezember 2011 haben wir hier grossmehrheitlich – ich glaube, es waren 42 : 3 Stimmen – beschlossen: „Der Stadtrat wird mit der Erstellung einer Vorlage zur Totalrevision der Pensionskassenstatuten und zur Verwendung der Arbeitgeberbeitragsreserve der Stadt Olten bis November 2012 beauftragt“. Heute müssen wir feststellen, dass der Auftrag nicht erfüllt ist. An der Fraktionssitzung haben wir gehört, dass man sehr stark an der Arbeit ist. Es ist komplex. Wir können verstehen, dass dies auch länger gehen kann, erwarten aber sehr rasche Ergebnisse, nicht nur wegen der Demografie. Diejenigen, die heute Blick am Abend gelesen haben: Grosse Schlagzeile „Ungnade der späten Geburt“. Das ist nicht gut. Dies greift die Solidarität zwischen den Generationen an. Diese Dame ist wahrscheinlich fast gleich alt wie Sarah oder Nadja. Wenn Personen Angst haben, sie kämen sowieso nie mehr zu einer Rente, ist unser ganzes System am Kippen. Wir reden über das Budget. Es ist auch aus Budgetgründen notwendig, dass wir das Thema Pensionskasse angreifen. Wenn man ins Budget schaut, muss der Steuerzahler allein für die Verzinsung des Defizites der Pensionskasse im nächsten Jahr Fr. 380'000.— einzahlen. Gleichzeitig haben wir 20 Millionen Franken Arbeitgeberbeitragsreserve, die in der Pensionskasse blockiert ist, die wir zum Beispiel nicht für Investitionen nützen können. Ich möchte, wie es sich gehört, mit einem Lob aufhören, und zwar mit einem ernsthaften Lob, einerseits an Ernst Zingg, andererseits an die Finanzdirektion. Wir erhalten jedes Jahr umfangreichere und bessere Unterlagen. Ich hoffe, Ihr habt Euch alle durch diese Unterlagen, auch wenn sie etwas dick sind, nicht abschrecken lassen. Es lohnt sich, hinein zu schauen. Man bekommt sehr, sehr viele Zahlen, und es gibt eine sehr gute Entscheidungsgrundlage für uns. Es ist das letzte Budget von Ernst Zingg. Es ist das letzte Budget von Finanzverwalter Markus Sieber. Ich möchte beiden danken für das, was sie gemacht haben, für die ausgezeichneten Unterlagen, und wir möchten, wie es sich gehört, auch gleich die Erwartung für den Nachfolger von Markus Sieber, Urs Tanner, anmelden, dass es mindestens gleich gut weiter geht und auch für den Nachfolger von Ernst Zingg – hier sage ich jetzt keinen Namen – dass wir diesen Weg auch in dieser Art weiter gehen. Die FdP wird den Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Roland Rudolf von Rohr, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir haben getagt, das Budget studiert, geprüft und besprochen. Dabei sind wir vom Stadtrat unterstützt worden, aber auch von den Herren Sieber und Tanner von der Finanzverwaltung. Notabene ist ja Markus Sieber zum letzten Mal hier. Ich habe seine Tätigkeit schon anlässlich des Finanzplanes gewürdigt. Wir bedanken uns an dieser Stelle für die guten Unterlagen, aber auch bei allen, die sich bemühen, in dieser Stadt ein gutes Budget hinzubringen. Es ist wirklich ein gutes Beispiel, nicht nur weil es übersichtlich ist, sondern weil auch die Zahlen gut sind. Wir werden einstimmig auf das Budget eintreten und dem Beschlussesantrag des Stadtrates zustimmen. Ebenfalls wird die budgetrelevante Vorlage von unserer Fraktion angenommen. Der Antrag der SVP, der wohl eher wahlpolitisch als finanzpolitisch begründet ist, findet bei uns keine Unterstützung. Ich muss noch etwas nachholen und etwas korrigieren. Die finanzpolitische Begründung hat Gert wirklich gemacht und die Überlegungen sind vorhanden, aber nach meiner Meinung falsch. Vor allem hat er gesagt, es sei zu erwarten, dass bei den Gemeindesteuern wahrscheinlich wieder mehr hereinkommt. Ich denke, hier müssten wir vorsichtig sein. Ich glaube, wenn dann wirklich mehr hereinkommt, besteht immer noch die Möglichkeit, an der Steuerschraube zu drehen. Aber das ist heute nicht der Fall. Jetzt schon über viele Jahre unterstützen wir die finanzpolitische

Richtung des Stadtrates und sehen hier wirklich eine gute Arbeit mit dem Finanzplan als Hauptinstrument, aber auch mit einer Gradlinigkeit. Wir wollen ein ausgeglichenes Budget haben. Ich gehe noch gerne auf eine alte Bemerkung oder ein Bonmot des Vorgängers von Markus Sieber, ein. Herr Kohler sprach jeweils vom vernetzten Finanzdenken. Das muss man sich einfach immer wieder bewusst sein, wenn man an einem Ort ein Feld verändert, verändert sich automatisch auch ein anderes. Deshalb müssen die finanzpolitischen Ziele immer vor Augen gehalten werden. Es ist heute Abend schon mehrmals gesagt worden und auch wir sagen dies: Die Risiken sind sicher eher auf der Einnahmenseite zu finden. Bei den Steuereinnahmen setzt sich der Trend des letzten Jahres fort. Im letzten Jahr hatten wir eigentlich erstmals wieder mehr Einnahmen von den natürlichen Personen. Ich blättere etwas zurück. In den Jahren 2006 bis 2010 waren klar die juristischen Personen und manchmal ganz gigantisch voraus. Wenn man aber noch weiter zurück blättert, ist dann das Verhältnis doch wieder andersrum, dass die natürlichen Personen teilweise bis 80 % der städtischen Steuereinnahmen abgedeckt haben. Ich glaube, unsere Prognosen in dieser Hinsicht sind nicht schlecht, auch in Anbetracht der Bauerei, die in Olten kommt, und glaube eben auch bei den juristischen Personen sind die Prognosen dank der guten Politik in dieser Stadt sicher auch nicht schlecht. Falls es aber anders kommt, dass die Steuereinnahmen eben nicht im budgetierten Rahmen hinein kommen, müssen wir schnell reagieren können. Dann wäre eine Steuereinnahmendiskussion am Platz. Aber unserer Meinung nach darf eine solche Diskussion nicht nur einseitig sein, sondern sie muss eben auch auf sparen oder wenn nötig sogar Leistungsabbau ausgelegt sein. Ich glaube, wenn wir diese Linie heute weiter gehen, sind wir, wenn schlechtere Zeiten kommen, gewappnet. Dann müssen wir aber dreigliedrig vorgehen und haben unsere Finanzen auch für unsere Jungen langfristig im Griff. Deshalb können wir so in die Zukunft blicken und stimmen dem Beschlussesantrag des Stadtrates zu.

Dieter Ulrich, SP-Fraktion: Ich werde für die Fraktion vor allem allgemeine Sachen zum Budget sagen und Daniel Schneider wird dann noch zu den Details Stellung nehmen. Auch wir möchten für die vorliegende Vorlage danken, die sehr gut ausgearbeitet ist, wie wir dies auch gewohnt sind. Besten Dank an alle, die hier mitgearbeitet haben. Wie schon erwähnt, auch Ernst Zingg und Markus Sieber, die dies jetzt zum letzten Mal gemacht haben. Auch wir haben diese Vorlage ausgiebig diskutiert und nehmen sie insgesamt gerne zur Kenntnis und werden den Anträgen des Stadtrates einstimmig zustimmen. Soviel vorweg. Es ist schon mehrmals erwähnt worden. Wir haben nach wie vor eine hohe Investitionstätigkeit. Aber wir sind der Meinung, dass wir uns dies zurzeit auch absolut leisten können. Auch wenn die Gesamtsituation bei den Finanzen nicht mehr so günstig war oder nicht mehr so günstig ist, wie sie auch schon war, ist sie immer noch gut. Früher hatten wir schon viele fette Jahre, als man stark unterdurchschnittlich investiert hat. Wir sehen dies jetzt eigentlich so als Gegenbewegung, dass man jetzt dort so gewisse Sachen ausgleicht und nachholt, die wir früher nicht gemacht haben. Insofern gehen wir auch davon aus, dass sich dies dann irgendeinmal wieder einpendeln wird. Aber wir möchten dies eigentlich nicht primär vom Steuerertrag oder vom Resultat der Rechnung jeweils abhängig machen, sondern wirklich was nötig und notwendig ist, um unsere Stadt voranzubringen, attraktiv zu behalten und dementsprechend auch attraktiv zu machen. Für uns ist klar, dass wir dem Antrag der SVP nicht zustimmen werden. Das wird niemanden hier überraschen. Wir werden umgekehrt aber auch keinen Antrag stellen, den Steuersatz gegen oben zu verändern, sondern wir unterstützen denjenigen von 95 %, so wie ihn der Stadtrat vorschlägt. Insgesamt finden wir das Budget auch gut. Wir werden ihm zustimmen. Es bleibt aber doch ein etwas unguutes Gefühl oder so ein Gefühl, bei dem wir nicht so richtig sagen können, woran wir sind. Das betrifft jetzt halt schon vor allem die Steuerseite. Wir haben ausgiebig darüber diskutiert. Ich möchte es vielleicht an zwei Sachen festmachen. In der Beilage sind ja die Budgetrichtlinien des Stadtrates enthalten und man kann zum Beispiel auf Seite 100 lesen, dass langfristiges Nettovermögen pro Kopf angestrebt wird. Dieser Satz war früher schon in finanzpolitischen Vorlagen des Stadtrates enthalten. Wir fanden damals schon: Was wollen wir damit anfangen? Wir erachten es eigentlich nicht als Aufgabe der Stadt, ein Vermögen zu erwirtschaften. Wir sagen nicht, dass es eine Verschuldung sein soll. Aber für uns gibt es verschiedene Möglichkeiten. Man kann mit einer moderaten Verschuldung gut

wirtschaften. Das ist nicht massgebend. Deshalb stellen wir dies insofern als Ziel etwas in Frage. Wir stellen es auch in Frage, weil die Entwicklung mittelfristig – das haben wir Finanzplan gesehen – in eine andere Richtung geht. Es wird eine Pro-Kopf-Verschuldung resultieren. Es ist halt wirklich die Frage, inwiefern man überhaupt ein langfristiges Ziel so stellen will. John Maynard Keynes hat früher einmal gesagt: Langfristig sind wir alle tot. Das ist zweifellos so. Die Frage ist einfach, ob man für diese Zeit überhaupt noch Planungen machen will. Ich denke, wesentlich ist schon der Fokus kurz-/mittelfristig. Selbst mittelfristig werden viele von uns hier nicht mehr im Amt sein. Es kommt immer darauf an, wie man kurz- und mittelfristig definiert. Aber Ernst wird es nächstes Jahr schon nicht mehr sein. Insofern geht es für uns nicht so ganz auf. Zweiter Punkt: Hier bleibt uns halt einfach, jetzt dem Stadtrat zu vertrauen und es zu glauben. Die Steuereinnahmen wurden schon angesprochen. Man hat es vor allem etwas auf die Gewinn- und Kapitalsteuern von den juristischen Personen fokussiert. Dort lesen wir in der Beilage auf Seite 94, dass mit dem Jahr 2011 „eine Periode mit vorerst tieferen Steuererträgen bei den juristischen Personen“ anfängt. Wenn wir dann aber die Planung im Budget wie auch im Finanzplan anschauen, wird immer deutlich mit über 40 Millionen Franken gerechnet. Wenn wir die Rechnung 2011 – das ist das letzte Resultat, das wir vorgelegt erhielten – anschauen, sind es 10 Millionen weniger. Wir wissen, dass der Stadtrat nicht detailliert Auskunft geben kann. Für uns fehlen hier einfach auch Anhaltspunkte, wie man zu solchen Zahlen kommt. Auch wenn man die früheren Budgets anschaut, hatte man immer unter 40 Millionen budgetiert. Wir glauben dies noch so gern. Aber es bleibt doch irgendwo etwas ein Zweifel oder eine Unsicherheit, wo wir dort stehen. Ernst hat es schon vehement verneint. Wenn das Budget halt gerade zu Null aufgeht, ist der Gedanke da, ob es jetzt stimmt oder nicht, und ich möchte auch niemandem etwas unterstellen, aber eben, solange wir dort keine Anhaltspunkte haben, wie dies dann wirklich aussieht, bleiben wir hier halt etwas misstrauisch. Das führt schon dazu, dass wir mittelfristig vielleicht gleichwohl einmal darüber diskutieren müssen, an welchen Schrauben man drehen will sprich auch den Steuersatz wieder anschaut. Abschliessend möchte ich aber noch einmal allen danken, die sich daran beteiligt haben, uns diese Vorlage zu präsentieren respektive auszuarbeiten, und wir werden zustimmen.

Daniel Schneider: Wie angekündigt, sage ich noch kurz etwas zum Voranschlag und zu den Beilagen. Ich habe nicht den Anspruch, dass der Stadtrat gleich Antwort gibt. Vielleicht kann man dann bei den entsprechenden Positionen darauf reagieren. Wir haben keine Anträge zur Änderung. Ich denke, das ist effizienter, wie uns unsere dynamische Präsidentin schon angedroht hat. Ich habe mit Schrecken festgestellt, dass sie nicht einmal eine Pause angekündigt hat. Wir haben die Fragen dem Stadtrat auch schon abgegeben. Er ist also im Bild, was uns beschäftigt hat. Es ist nicht viel. Von schätzungsweise 800 Budgetnummern haben wir lediglich 17 Fragen. Das ist eigentlich noch bescheiden. Nicht einmal diese 17 Fragen möchte ich heute Abend durchgehen. Vielleicht könnt Ihr etwas sagen. Ich möchte einfach ein paar Sachen kurz erwähnen, wo uns sicher aufgefallen ist, dass das Geschäft Giroud-Olma mit Fr. 210'000.—und im Antrag mit Fr. 190'000.— im Voranschlag. Hier dürfte es vermutlich noch eine kleine Korrektur geben oder anders herum vielleicht sogar Fr. 20'000.— gespart. Das weiss ich noch nicht, und wir finden dies dann heraus. Es hat ein paar Geschäfte, die uns im Sinne des Informationsgrades etwas irritieren. Auf Seite 28 beim Einsatzfahrzeug Stadtpolizei haben wir nicht verstanden, ob dies der Umbau, das Leasing oder was die Summe beinhaltet. Hier sind wir froh, wenn wir von Iris noch etwas dazu hören dürfen. Ebenso bei den Kunst- und Naturmuseumanbauten, Wettbewerb 2013, bauen viel, viel später. Das haben wir schon im Finanzplan moniert. Es liegt eigentlich zwischen dem Wettbewerb und der Realisierung. Das scheint uns etwas eine strategische Überlegung zu sein, ähnlich wie es vielleicht vorher Dieter schon angedeutet hat. Die gleichen Fragen stellen sich dann vielleicht beim Schwimmbad. Von gesamthaft 13 Millionen Franken finden wir aber „nur“ 2,8 Millionen bis 2019. Was habt Ihr dann mit dem Rest des Geldes und wann vor? Das wäre vielleicht noch interessant zu wissen. Vielleicht gibt es auch ein separates Geschäft. Das Gleiche ist bei der Gesamtanierungsbetrachtung des Friedhofes. Wir haben das Gefühl, es sei eine undeutliche Botschaft. Drei Varianten. Was wollt Ihr jetzt eigentlich? Hinauf fahren, hinauf „liffeln“? Es wäre schön, wenn man es endlich einmal hören würde. In diesem Zusammenhang klipp und klar: Wir

sind gegen einen Parkplatz auf ehemaligen Grabfeldern und werden uns, nachdem wir uns heute zum zweiten Mal dazu geäußert haben, sicher auch noch ein drittes Mal, dann aber deutlich und vehementer noch zu diesem Thema äussern. Fragen hatten wir zur Schulraumplanung an Mario. Er konnte mir dies freundlicherweise bei anderer Gelegenheit bereits beantworten. Dann haben wir gemerkt, dass es offenbar immer ein sprachliches Thema ist. Ich habe eben gehört: Er ist schon am Planen. Mit planen meint er Mario. Aber sie sind schon am Evaluieren. Es sind noch keine Aufträge hinaus gegangen respektive wir wünschen uns ja eigentlich, dass mehr Wettbewerbe zu gestalterischen Fragen funktionieren, dass eigentlich eine Architektursubmission mit einem Wettbewerb verbunden sein wird. Das ist eigentlich unsere Frage. Dann Stadttheater, neue Heizung: 4,6 Millionen Franken. Wir haben uns gefragt, ob der Titel falsch ist, ob wir die ganze Stadt neu heizen wollen, nicht nur das Stadttheater. Auch das wäre nett, wenn wir hier eine Präzisierung bekommen würden. Sauer aufgestossen ist uns beim Bifangplatz das Wort „möglicher Wettbewerb“. Hier sind wir vehement dagegen. Wir finden, es braucht einen Wettbewerb, auch wieder zum Thema gestalterische Fragen. Beim Kauf des Areals Müller Holz sind wir uns nicht ganz klar, welche Strategie Ihr verfolgt. Auch diese Frage habe ich schon beim Finanzplan gestellt. Es wäre vielleicht nett gewesen, sie wäre heute im Vorfeld beantwortet gewesen. Jetzt stellen wir sie halt ein zweites Mal. Uns scheint – so lese ich es wenigstens aus diesem Text heraus, vielleicht ist es auch anders gemeint – dass an die dezentrale Lage unsere Putzmaschinen und Elektrofahrzeuge, die notabene relativ langsam fahren, dorthin fahren, sich entleeren und wieder hinauf fahren. Für mich ist dies logistisch nicht ganz nachvollziehbar. Hier sind wir froh, wenn wir heute oder bei anderer Gelegenheit hören, was Ihr vorhabt oder ob es parallele Betrachtungen wie eine Altola-Erweiterung etc. etc. gibt. Anders herum: Seid doch nicht so geheimnisvoll. Erzählt uns etwas, was in dieser Stadt abläuft. Wir gehören ziemlich stark auch dazu. Gestaltungskommission Olten SüdWest: Hier hätten wir doch gerne bald einmal einen Rechenschaftsbericht. Bis jetzt ist das Aussenbild nicht so ein gutes. Schon von der der SVP hatten wir eine berechtigte Anfrage, was dort eigentlich genau läuft. Wir haben eine teure Gestaltungskommission, möchten wissen, was sie eigentlich macht und bitten hier um eine gelegentliche Rechenschaft. Zuletzt noch zur Entwicklung Schützenmatte. Nur eine kleine Sache. Das waren einmal Fr. 150'000.—, jetzt sind es noch Fr. 50'000.—. Was habt Ihr auch mit diesen Fr. 100'000.— inzwischen gemacht? Ich habe noch nichts gemerkt. Es wäre auch noch interessant, hier etwas zu hören. Das sind meine kleinen Beiträge oder auch unsere kleinen Fragen, die sich ergeben haben. Bitte beantworten Sie uns diese bei Gelegenheit, wenn wir vielleicht am raschen Durchblättern sind, dass man dort vielleicht eine kurze Pause einlegen kann, wenn der Stadtrat etwas sagen möchte. Herzlichen Dank.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Ich möchte darauf hinweisen, dass wir nachher noch seitenweise durch das Budget gehen. Wenn es konkrete Fragen zu Budgetposten sind, würde ich dies lieber später behandeln. Falls es allgemeine Bemerkungen sind, hat Urs Knapp das Wort.

Urs Knapp: Ich bin wirklich fraglos glücklich und habe hier auch nicht 17 Fragen. Zwei Bemerkungen möchte ich als Einzelsprecher zur Eintretensdebatte machen. Felix Wettstein, Du lamentierst, das Parkleitsystem sei nicht im Budget. Ich möchte einfach daran erinnern, dass es einen Mehrheitsbeschluss dieses Parlamentes gegeben hat, dass man das Parkleitsystem aus den damals erwähnten Gründen nicht will. Deshalb ist es nicht im Budget. Hier kann man wirklich nicht dem Stadtrat einen Vorwurf machen, höchstens uns, und das wäre dann eine politische Aussage. Dieter Ulrich, ich glaube, wir wollen nicht eine volkswirtschaftliche Diskussion führen. Es wäre spannend. Das machen wir vielleicht einmal am Morgen im Zug. Es ist natürlich schon klar, dass langfristig alle tot sind. Aber deshalb ist eine Verschuldung gleichwohl nicht gut, weil hoffentlich unsere Nachfahren nicht tot sind und sie müssten ausbaden, was wir ihnen einbrocken würden.

Christian Werner: Ich möchte noch kurz eine Entgegnung auf die Kritik von Ernst Zingg und Roland Rudolf von Rohr in Bezug auf unseren Antrag liefern und mache es hier, weil es

wahrscheinlich hierher passt und später nicht mehr. Ernst Zingg hat uns ja kritisiert und gesagt, es sei ein kleiner Schritt, der nichts bringe. Das Erste, das man sagen muss, ist, dass seit ich hier bin, und das sind jetzt acht Jahre, wenn ich mich richtig erinnere, der Stadtrat mit zwei Ausnahmen noch immer gegen eine Steuersenkung war und hat sich noch praktisch jedes Mal mit Händen und Füßen dagegen gewehrt hat. Zum Teil haben wir sie nachher im Parlament durchgebracht und später hat sich dann der Stadtrat wieder mit dem tiefen Steuerfuss gerühmt. Das ist in erster Linie dem Parlament zu verdanken und für mich noch nicht unbedingt ein Grund, unseren Antrag abzulehnen, dass der Stadtrat hier nicht hell begeistert ist. Es ist klar, dass er möglichst viel Geld haben will, weil er damit entsprechend dann auch mehr damit anstellen kann. Ich möchte noch kurz auf das eingehen, was Ernst Zingg gesagt hat und auch sonst erwähnt wurde. Es wurde das Verhältnis zwischen den Steuererträgen der juristischen und natürlichen Personen angesprochen. Ernst Zingg hat gesagt, dass dies früher 60 zu 40 zu Gunsten der juristischen Personen war und sich dieses Verhältnis jetzt zu Gunsten der natürlichen Personen verschoben habe und jetzt etwa bei 50 zu 50 sei. Ich denke, das darf man schon unterstreichen, und es ist eine gute und wichtige Entwicklung, weil uns dies viel weniger von einzelnen grossen juristischen Personen abhängig macht. Ich finde es wunderbar, wenn die Steuererträge bei den natürlichen Personen zunehmen. Offenbar ist dies passiert und wir haben in der Vergangenheit ja immer wieder bei Debatten um Steuersenkungen darüber diskutiert, ob dies etwas bringe. Von der linken Seite haben wir dann immer gehört, dass es nichts bringe und nur irgendwelche bürgerliche Argumentation sei, die nicht erhärtet werden könne. Ich denke, jetzt haben wir es schwarz auf weiss, dass es eben etwas gebracht hat. Urs Knapp hat es gesagt. Die Stadt Olten ist durch diese Steuersenkungen attraktiver geworden. Uns geht es darum, dass man dies weiterführt. Gert Winter hat dies angesprochen. Uns geht es nicht darum, jetzt einen Riesenschritt zu machen, der uns finanzpolitisch irgendwie in den Abgrund stürzen würde, sondern uns geht es darum, vor allem ein Signal auszusenden und eben zu sagen, dass wir mit dieser Steuerertragspolitik, die uns weiter attraktiver und uns eben auch von einzelnen juristischen Personen unabhängiger macht, weitermachen wollen. Roland Rudolf von Rohr hat dann gesagt, unser Antrag sei wahlpolitisch begründet und ich möchte ihm entgegen, dass es eben genau nicht der Fall ist. Letztes Jahr wollten wir auf 93 % und sind nach wie vor der klaren Meinung, dass dies drin gelegen wäre und man dies hätte verkräften hätte können. Das ist abgelehnt worden und wir haben nachher diskutiert, ob wir 2 oder 1 % herunter gehen möchten. Zuerst haben wir 2 % gesagt. Dann hätten wir gleich viel gefordert wie wir letztes Mal gewollt hätten. Wir haben nachher gesagt: Wir wollen realistisch bleiben und das Fuder nicht überladen. Deshalb sind wir auf 1 % gekommen. Mit Wahlkampf hat dies nichts zu tun. Sonst hätten wir 5 % gemacht. Dann hätte Ernst Zingg nicht mehr sagen können, es sei ein kleiner Schritt, der nichts bringe. Aber zufrieden wäre er ja auch nicht gewesen.

Felix Wettstein: Das Thema Parkleitsystem lässt uns nicht so schnell los. Ich muss etwas pädagogisieren. Wir sind auf das Thema Parkleitsystem eingetreten und haben es dann zurückgewiesen. Wir hätten nicht eintreten müssen, wenn wir das gewollt hätten, was Urs Knapp vorher gesagt hat, wenn wir gar nicht mehr davon hören möchten. Zurückweisen heisst: Wir müssen wieder davon hören. Noch etwas zu Christian Werner: Meine Frau und ich sind vor bald 18 Jahren nach Olten gezogen. Wir zahlen zusammengezählt einige Steuern. Wir haben noch gar nicht nach dem Steuerfuss gefragt. Es sind ganz, ganz andere Gründe, weshalb auch gute Steuerzahlende nach Olten ziehen. Dazu kommt noch, dass wir im letzten Jahr eine sehr schöne vergleichende Statistik quer durch die ganze Schweiz erhalten haben. Wenn wir von dem, was man verdient, Steuern, alle Versicherungen und die Wohnkosten abziehen, wo bleibt am meisten Geld im Portemonnaie im ganzen Schweizer Mittelland? Für diejenigen, die es noch nicht wissen: In Olten.

Daniel Schneider: Ich wollte etwas Licht ins getrübe Vergangene von Urs und Herrn Werner bringen. Es ist natürlich schon so, wie es Felix gesagt hat. Das zurückgewiesene Parkleitsystem ist überhaupt nicht vom Tisch. Es sollte endlich wieder auf den Tisch kommen. Das ist richtig. Das Andere ist vielleicht, dass der Stadtrat in meiner Erinnerung immer für

Steuersenkung war, vielleicht nicht in dem Mass wie Eure Clientèle-Politik, die Ihr betreibt. Aber ich glaube, es ist das erste Mal, dass der Stadtrat jetzt sagt: Jetzt ist aber fertig.

Dieter Ulrich: Nur noch eine kurze Replik auf Urs. Ich habe nicht gesagt, dass man langfristig eine Verschuldung anstreben soll. Ich habe nur gesagt, es spielt weniger eine Rolle. Und ich habe gesagt, es ist nicht die Aufgabe der Stadt, ein Pro-Kopf-Vermögen anzuhäufen. Um dies zu präzisieren: Es ging mir mehr darum, dass die ganze Sache für uns inkonsistent ist, wenn man sagt: Langfristig streben wir ein Pro-Kopf-Vermögen an. Hier kann man diskutieren, ob es sinnvoll ist oder nicht. Kurz- oder mittelfristig resultiert, wie wir dies alle gesehen haben, eine Pro-Kopf-Verschuldung. Dann muss man sich wirklich fragen: Geht dies auf und will man nicht einmal überdenken, ob man dies nicht irgendwie anders aufgleisen will? Es ist auch nicht so, dass ich sage: Langfristig will ich nach Zürich und jetzt gehe ich einmal Richtung Solothurn los. Vielleicht komme ich denn irgendwann, wenn ich rundum bin, auch in Zürich an. Aber es ist eine andere Frage, ob dies zielführend ist.

Roland Rudolf von Rohr: Ich möchte das Eintreten auch nicht verlängern. Nur eine kurze Replik an Christian. Ich weiss, dass wir steuerpolitisch gar nicht so weit voneinander entfernt sind. Wir sind nur etwas konservativer. Bei uns fällt eigentlich die Entscheidung über den Steuersatz eher bei der Rechnung, wenn man sieht, was wir haben, und bei der neuen Finanzplanung. Dort werden bei uns die Weichen gestellt und dieses System hat sich bewährt. Das Wort wahlpolitisch ist mir eigentlich in den Sinn gekommen, als ich das Datum des Antrags gesehen habe. Es ist der 17. November. Wenn man hier ernsthaft etwas hätte erreichen wollen, hätte man dies schon etwas vorher signalisieren müssen, damit man dies hätte diskutieren können, auch in den Fraktionen. Die Kurzfristigkeit hat mich etwas überrascht. Die Steuersatzdiskussion wird wieder kommen. Aber hier warten wir doch zuerst die Rechnung und den neuen Finanzplan ab.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Es muss einfach gesagt sein. Ich möchte mich für die Kommentare bedanken. Das gilt für den ganzen Stadtrat hier. Es ist ein Gemeinschaftswerk. Aber ich bin natürlich von Christian Werner etwas herausgefordert. Noch einmal stehe ich dazu, dass Fr. 880'000.— auf 140 Millionen den „Braten nicht unbedingt feiss machen“. Ich sage es jetzt noch etwas plakativer. Zweitens: Gert Winter hat für die 94 % sehr gut argumentiert, hat aber immer nur von der Einnahmenseite gesprochen. Wenn Du die Zahlen 2004 bis 2012 nimmst, wo wir die Steuern gesenkt haben und immer noch gleichviel haben wie damals oder eigentlich sogar gesteigert. Aber die Ausgaben haben sich dann noch massiv dazu gesteigert. Das ist zum Teil hier passiert oder von oben gekommen, aber nicht nur von uns hier vorne. Das ist eben auch Finanzpolitik. Deshalb meine ich, man müsste auch die Ausgaben beachten. Ich möchte Euch ein ganz praktisches Beispiel geben, eigentlich auch positiv. Der Stadtrat ist übrigens sehr erfreut, dass es sich mit den juristischen und natürlichen Personen einpendelt. Es ist zwar eine wunderbare Geschichte, wenn man erzählen kann, 56,8 % juristische Personen. In der Schweiz gibt es keine Stadt, die dies aufweisen kann. Solothurn hat zum Beispiel nicht einmal 10 %. Es ist auch keine Wirtschaftsmetropole. Das tönt wirklich „saugut“. Aber lassen wir dies. Aber dann kommt gleich die Gegenfrage von meinen Kollegen in anderen Städten. Aber Du hast dann ein Klumpenrisiko. Das ist genau das Thema. Jetzt pendeln wir dies langsam aber sicher ein, so Gott will. Wie kommen die natürlichen Personen dazu, mehr Steuern zu zahlen? Das ist vielleicht auch noch ganz interessant. Es gab tatsächlich Zuzüger. Ich möchte etwas aufnehmen, wo ich nicht mehr weiss, wer es gesagt hat. Ich glaube, es war Felix. Er hat mit seiner Frau nicht darauf geschaut, wie der Steuerfuss ist. Ich muss Euch einfach sagen, wenn man mit den Neuzuzüger spricht, und Ihr aus dem Parlament seid ja bei solchen Empfängen immer eingeladen, sind sie nicht wegen der Steuern nach Olten gekommen. Es ist etwa die fünfte Position, die man anschaut. Das muss man einfach schon realistisch sehen. Aber wir haben immer noch sehr tiefe Steuern. Wir können mit anderen rings herum sehr gut mithalten, sogar bis in den Kanton Aargau hinein. Es ist einfach so, dass wir vom Stadtrat her eine Beurteilung der Lage machen, indem wir eben auch die Ausgabenseite anschauen. Es wurde gesagt, und dazu stehe ich natürlich auch, dass wir auf die Zeitdauer hinaus, um eine

ausgeglichene Rechnung zu haben, vernünftig haushalten und dann auch mit den Einnahmen, die möglicherweise bei den juristischen Personen je nach Situation noch etwas mehr zurück gehen, so funktionieren müssen, dass wir nicht mehr als 15 bis 18 Millionen Franken investieren können. Jetzt kommt die andere Seite. Wir haben im Investitionsbereich einen Nachholbedarf und das Parlament segnet wesentliche Projekte hier ab. Darüber müssen wir uns im Klaren sein. Das Volk stimmt ja auch noch zu. Also haben wir auszuführen. Jetzt noch das praktische Beispiel zu den juristischen Personen, was im Moment gerade in Bundesbern abläuft, das uns ganz massiv treffen könnte. Der Kanton Wallis will einen Antrag der sogenannten Partnerwerkbesteuerung der Kraftwerke stellen. Das heisst, die Steuern sollen dort anfallen, wo das Werk steht. Nehmen wir das Beispiel des berühmten Kraftwerks von Emosson. Wem gehört es? Der Firma, die nicht weit von uns weg ist. Wenn es Partnerwerkbesteuerung gibt, bekommt der Kanton Wallis einen ganz wesentlichen Steuerzustupf für dieses Kraftwerk. Aber wir bekommen ihn nicht im Kanton Solothurn. So sind die „Berg“-Kantone Wallis, Tessin und Graubünden natürlich sehr interessiert, ihre Einnahmen massiv nach oben zu drücken. Hier wehren sich die übrigen Kantone, und Christian Wanner ist immer noch Präsident der Finanzdirektorenkonferenz, mit Händen und Füssen, dass dies nicht passiert. Das gibt einen massiven Einschnitt in unsere Situation. Jetzt kann man sagen: Niedergösgen und Boningen könnten sich freuen. Sie haben ja auch ein Werk, dort wo sie sind. Das stimmt tatsächlich. Wo sind wir, die Stadt Olten? Das muss man schon sehen. Alle diese Sachen spielen eine Rolle. Wenn wir mit den Unternehmungen verhandeln gehen und das planen wir irgendwie ein, können wir dies aber nicht einfach alles auf den Tisch legen, weil es zum Teil noch in Ebenen funktioniert, wo noch nicht alles klar ist. Der letzte Punkt meiner jetzigen Ausführung: Die SP hat gesagt, es sei nicht so ganz klar, wie dies zukünftig mit so vielen Investitionen und wir vertragen nur soviel usw. aussieht. Wir haben vier oder fünf Sachen, die für uns im Vordergrund stehen. Urs Knapp hat vorher vom Selbstfinanzierungsgrad gesprochen, der ein Punkt ist. Die Verschuldung ist ein Punkt, die Prioritätensetzung im Investitionsbereich ist ein Punkt und vernünftige Einnahmen. Ich brauche jetzt das Wort „vernünftige Einnahmen“. Das kann nach oben und unten gehen. Ich muss dies ganz klar sagen. Das bestimmt Ihr hier. Diese Grundsätze sind immer die Basis von allem.

DETAILBERATUNG

III – VII, Kennzahlen	keine Bemerkungen
XI – XVI, Zusammenfassung Ergebnisse	keine Bemerkungen

Laufende Rechnung

Seite 12, 230.366.01, Stipendien

Myriam Frey Schär: Wir haben gesehen, dass der Aufwand um Fr. 7'000.— tiefer als letztes Mal veranschlagt ist und haben uns gefragt, weshalb dies wohl so ist? Ob weniger Stipendien beantragt werden?

Stadtpräsident Ernst Zingg: Es ist effektiv so, wie Du es gesagt hast. Aber ich kann es noch etwas ausdeutschen. Im Budget 2009 hatten wir Fr. 23'000.— und Fr. 24'500.—ausbezahlt, 2010 ebenso Fr. 23'000.— und Fr. 12'500.— ausbezahlt, 2011 Fr. 27'000.—aufgenommen, auch aus einem bestimmten Grund, weil gewisse Anzeichen vorhanden waren, und nur die Hälfte, Fr. 13'000.— ausbezahlt, 2012 Fr. 27'000.— ins Budget aufgenommen und bis heute Fr. 5'600.— ausbezahlt. Es sind auch entsprechend weniger Gesuche: 17, 11, 9, 5 in der Reihenfolge. Es ist schon so, dass es eindeutig weniger Gesuche gibt. Wir haben uns auch

gefragt und diese Frage hat uns auch etwas interessiert. Machen wir etwas nicht richtig? Wir inserieren drei- bis viermal in allen Medien, konkret Zeitungen. Man kann sich melden. Wir haben einfach festgestellt, dass es sehr viele Gesuche gibt, die auch an den Kanton gehen, und er lehnt sie ab. Dann kommen sie nicht zur Stadt. Oder sie kommen zur Stadt und zum Kanton, verlieren beim Kanton und kommen nicht bei uns. Oder anders gesagt: Wenn sie dann gleichwohl kommen, sagen wir: Wir haben die Möglichkeit von der Stadt her, dies oder einen Teil davon trotzdem zu gewähren, auch wenn der Kanton dies nicht macht. Es ist eine Tatsache. Ich kann nicht mehr als das sagen.

Seite 11, 228.317.01, Spesenentschädigungen

Sandra Näf: Uns ist aufgefallen, dass im Voranschlag 2011 Fr. 11'000.— veranschlagt sind. Im letzten Jahr waren es Fr. 16'000.— und in der Rechnung waren es Fr. 1'442.70. Wir haben uns einfach gefragt, wie diese Differenz zustande kommt.

Stadtrat Mario Clematide: Das ist eine Position der HPSZ und wird durch den Kantonsrat ausgeglichen. Hier haben wir relativ wenig Einflussnahme. Das ist eine kantonale Schule. Es wird sich im Laufe des nächsten Jahres ändern, wenn das Volk dann zustimmt.

Seite 30, 800.365.01, Beiträge an Vereine und landwirtschaftliche Organisationen

Myriam Frey Schär: Wo sind wir seit 2011 nicht mehr dabei? Es ist ein Rückgang von Fr. 24'000.— auf Fr. 4'400.--. Uns würde interessieren, bei welchen Vereinen man dabei sein kann, die so teuer sind, wo wir nicht mehr dabei sind.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Der Stadtrat scheint keine Antwort auf diese Frage zu haben. Von der Verwaltung kann dies auch niemand beantworten. Dann lasse ich dies im Raum stehen mit der Bitte, dass man dies vielleicht noch nachreichen könnte.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Erstens ist es einfach weniger. Zweitens findet man die Zusammenstellung in der Beilage auf den Seiten 8 und 9. In Punkt 800.365.01 geht es um Hagelgeschichten, einen Beitrag Bauernverband und um die Landumlegung Flurgenossenschaft Region Olten. Sie ist im Zusammenhang mit der ERO eingefädelt worden, wo wir im ganzen Teil des Gheids bis über Rickenbach hinaus Ländereien umlegen, eine Verbesserung machen. Das sind die Fr. 4'400.—. In den Vorjahren mit den Fr. 24'000.— hat diese Landumlegung entscheidend mehr Geld gekostet, weil man dort eine Organisation auf die Beine stellen musste. Es hat externe Experten gebraucht. Die Hälfte dieser Kosten hat der Kanton übernommen und die andere die betroffenen Gemeinden. Bei uns ist das Gheid ein relativ grosses Gebiet bis nach Wangen. Das war der Kostenteiler von etwa Fr. 13'000.—, die wir mehr bezahlt haben.

Investitionsrechnung

Seite 40, 620.501.027, Erschliessung Olten SüdWest, 1. Etappe

Myriam Frey Schär: In der Beilage geht es einerseits um die Erschliessung der Strasse und Kanalisation, wo dies ja dann von der Stadt bevorschusst wird und der Bauherr diesen Betrag dann nach Bauabrechnung schuldig ist. Uns hat einfach grundsätzlich interessiert, was wäre, wenn dort nicht gebaut würde. Bleibt die Stadt im Grunde genommen auf diesen Kosten sitzen oder wird es gleichwohl geschuldet?

Stadtrat Dr. Martin Wey: Jetzt haben wir uns so gut vorbereitet. Es wurden noch ein paar Fragen, vor allem von der SP und den Grünen gestellt. Ich weiss nicht, ob man nachher auf die Beilagen geht, wo es etwas um allgemeine Auskünfte geht. Aber ich antworte sehr gerne einmal auf die Frage von Myriam Frey. Dir wie Daniel besten Dank für die Vorinformation. Wir

haben in Absprache mit dem Grundeigentümer jetzt ein Perimeterverfahren vereinbart. Es liegt vom 17. November bis 17. Dezember auf. Der Investor schuldet diese Kosten, auch wenn nicht gebaut werden sollte, unabhängig davon. Wenn ich in diesem Zusammenhang gerade noch eine Frage von Daniel oder von Dir betreffend Abfallentsorgungsanlagen beantworten dürfte, wann sie erstellt werden. Sie werden erst erstellt, wenn natürlich das Bauvorhaben auch realisiert wird, das heisst zeitgleich.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Ich weiss nicht genau, wie man es mit den Fragen machen soll. Etwas schwierig finde ich, wenn man am Anfang alle Fragen stellt, weil ich mir leider nicht merken konnte, auf welchen Seiten dies alles ist.

Daniel Schneider: Weil wir keine Änderungsanträge hatten, habe ich gedacht, diese Fragen könnten dann beantwortet werden. Aber ich habe gesehen, dass niemand in der Lage ist, vierhändig zu blättern. Mir ist es definitiv zu schnell gegangen. Jetzt habe ich einfach gemerkt, dass mir Iris vorne vielleicht eine Antwort hätte geben können. Ich habe Freude, wenn es so rasch geht. Vielleicht bin ich etwas älter geworden. Irgendwie möchte ich darauf einsteigen können.

Seite 41, 622, Areal Müller Holz

Felix Wettstein: Ich habe die Frage nicht gestellt. Aber Daniel Schneider hat dazu eine gestellt, zu der mich die Antwort interessiert.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Der Bericht steht auf Seite 57 der Beilage. An und für sich ist es natürlich auch politisch interessant zu fragen, was dort gemeint ist. Es hat tatsächlich etwas mit der Altola zu tun, die beschlossen hat, den Ausbau der Aktivitäten am Hauptsitz voranzutreiben. Das heisst, sie brauchen dort Platz und sind interessiert daran, das angrenzende Areal der Stadt Olten abzukaufen. Auf der anderen Seite haben sich die Stadt Olten und der Stadtrat mit diesem Areal grundsätzlich auseinander gesetzt. Es ist von grossem Interesse, dass wir im Bereich des Müller-Holz-Areals in diesem Sinne ein Ersatzland generieren können. Für uns ist dies ein wichtiges Grundstück und zwar, weil es die Liegenschaft ist, wo wir einen direkten Gleisanschluss an die SBB haben, der uns in diesem Zusammenhang auch die Option offen lässt, zu einem späteren Zeitpunkt durchaus auch ökologische Entsorgungen zu machen. Ob dies dann der Werkhof, ein privater oder gemischt privatwirtschaftlicher Betrieb ist, sei dahin gestellt. Wir waren mit diesem Landabtausch – es ist an und für sich Land, das wir der Altola geben, auf der anderen Seite beschaffen wir Realersatz – auch in der Baukommission und Stadtentwicklungskommission. Man hat an und für sich dieser strategischen Positionierung dort auch zugestimmt, damit man den Handlungsspielraum in diesem Sinne à la longue aufrecht erhalten kann. Von daher ist es auch für uns von der Baudirektion und für den Stadtrat wichtig, dass wir dort eine Option behalten und in diesem Sinne dort weitere Optionen auch für Entsorgungen entsprechend realisieren könnten. Primär geht es darum, für die Altola einen Ersatz bieten zu können, und dass wir dort Handlungsspielraum direkt am Gleisanschluss haben.

Seite 43, 740.501.004, Friedhof, Parkplatz-Neubau

Daniel Schneider: Auf Seite 65 der Beilage ist mir nicht ganz klar, wie die Strategie ist. Ihr habt hier drei verschiedene Varianten aufgelistet: Parkplatz oben mit Packwagensystem, Variante Lift und Steg, Variante Schräglift mit Wanderweg. Zwei Summen sind ausgewiesen und eine ist unbekannt. Ich komme nicht zu diesen Zahlen. Habt Ihr in diesem Fall schon einen Favoriten, der diese Millionen gibt? Unten gibt es ja wieder eine Million, wenn man in den Investitionsbedarf in der Planperiode anschaut. Ist dies schon festgelegt? Das interessiert mich eigentlich.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Dieses Geschäft kommt definitiv mit einer separaten Vorlage. Wir

haben im Zusammenhang mit dem Finanzplan, aber auch mit einer Beantwortung eines Vorstosses der FdP, von Sarah Früh, unsere Gedankengänge einmal so etwas offenbart. Wir haben im Sinn, dem Parlament zeitnahe, das heisst, wenn es irgendwie möglich ist, im Januar eine Vorlage zu bringen, um unter anderem auch den Parkplatz, der für den Stadtrat durchaus eine Option ist, zu unterbreiten. Uns ist bewusst, dass dies politisch noch diskutiert werden wird. Für uns ist in diesem Zusammenhang auch noch wichtig, dass die Altstadt- und Baukommission das Gutachten in diesem Sinne zur Kenntnis genommen und grundsätzlich den Wert dieser Anlage auch entsprechend gewürdigt hat.

Seite 43, 791.501.002, Seite 84, Beilage, Instrumentarium nachhaltige Quartierentwicklung

Daniel Schneider: Wir haben den Text gelesen, woher er auch immer kommt. Prominente Deutsche mussten zurücktreten, als sie dies gemacht haben. Wir möchten eigentlich wissen, welches die Ziele genau. Uns war nicht ganz klar, was Ihr mit den Fr. 100'000.— erreichen wollt.

Myriam Frey Schär: Wir haben dies auch angeschaut. Es heisst hier: „Nachhaltige Quartiere by sméo“. Abgesehen davon, dass wir fanden, es sei ein etwas doofer Name, erschien es uns noch interessant. Unsere Frage war dann aber, passend zur letzten: Wenn jetzt Olten SüdWest nicht zustande käme, wäre es auch denkbar, dies zum Beispiel im Bornfeld oder im neu entstehenden Quartier im Kleinholz zu machen?

Stadtpräsident Ernst Zingg: Die Antwort ist ja. Bei diesem Instrumentarium geht es um einen grundsätzlichen Entscheid und Planungsansatz, wo weitere Stadtentwicklungsfragen übertragen werden können und sollen. Dieses Instrumentarium dient der Qualitätssicherung von Entscheiden und Umsetzungen. Es geht letztlich darum, und es schwenkt jetzt langsam hinüber, geeignete Abläufe, Entscheidungskriterien zu schaffen, damit man das Leitbild, das wir einmal geschaffen haben, auch den dortigen Nachhaltigkeitsleitsatz ganz konkret nachlesen können. Es gilt auf anderen Gebieten genau das Gleiche. Du hast geschrieben, es sei ein Satz, den man überaus lesen könne. „Von dritter Stelle ausgelehnt zu sein“. Das mag sein. Du hast dies vielleicht sogar in Oltnen Papieren gelesen, wenn es von dritter Stelle war. Aber damals war Eva Gerber eben noch nicht bei uns. Im Leitbild haben wir tatsächlich den Grundsatz der Nachhaltigkeit deklariert. Ich habe 2004 im Namen der Stadt Olten beim Kanton Solothurn zusammen mit den drei anderen Energiestädten eine Nachhaltigkeits-erklärung unterschrieben. Sie wird 2014 auslaufen. Innerhalb dieses Prozesses, dieser Nachhaltigkeit sind diejenigen, die unterschrieben haben, gehalten, auch dementsprechende klare Aussagen zu machen zu: Was habt Ihr in dieser Zeit gemacht? Überblick und Kohärenz schaffen. Man nimmt die Nachhaltigkeitssituation in das Regierungsprogramm auf. Man beurteilt jedes einzelne Projekt nachhaltig. Optimierung von Projekten, Qualitäts-sicherung und was in diesem Bereich alles dazu gehört. Dann gibt es ein Monitoring und Controllingsystem. Dieses Gebiet sind wir bis jetzt in der Stadt Olten praktisch zwei Jahre vor Abschluss dieser Nachhaltigkeitserklärung relativ schlecht angegangen. Sagen wir es einmal so. Es hatte sicher auch mit den Personen, die wir nicht dazu hatten, zu tun. Hier haben wir ja jetzt Frau Gerber. Etwas Anderes ist aber noch ganz wichtig. Wir haben sehr gute Beziehungen zum Bundesamt für Raumentwicklung. Ich glaube, das ist nicht unbekannt. Sprich Agglomerationsprogramm, wo wir immer ziemlich gut wegkommen. In diesem Zusammenhang ist uns der Bund angegangen, ob wir beim Projekt Nachhaltigkeitsprozesse und Aktionen in Städten und Gemeinden nicht mitmachen wollen. Wir sollen ein Gesuch machen, um mitzuhelfen, genau solche Projekte zu finanzieren. Worum geht es genau, wenn man von der Finanzierung spricht? Wir haben Externe, die uns hier unterstützen müssen. Aber wir haben einzelne Projekte, die wir angehen wollen. Die eigene Arbeitsleistung zählt im Finanzbereich auch. Was wir selber machen, zählt auch. An alle diese gesamthaften Kosten gibt der Bund ein Viertel, 25 %. Wir wären ja blöd, wenn wir dieses Gesuch nicht machen würden. Das ist der Grund, weshalb es jetzt auch im Budget ist, und die Grundvoraussetzung, dass wir beim Bund in Oktober dieses Jahres den Antrag gestellt haben. Wir haben gute Chancen, dass wir hier berücksichtigt werden, genau gleich, wie beim projekt

urban. Dort haben wir uns den guten Namen gemacht. Es geht also nicht nur um ein Teilgebiet, SüdWest oder ich weiss nicht was, sondern um die Nachhaltigkeit über die ganze Stadt. Entwicklung nicht nur im baulichen Bereich, sondern eben auch in allen anderen Bereichen, die mit Stadtentwicklung auch etwas zu tun haben. Es tönt sehr kompliziert. Ich kann es in diesen paar Minuten einfach nicht anders erklären.

Seite 74, Beilage, 790.501.055, Räumliche Entwicklungsstrategie

Felix Wettstein: Vorweg gerade noch zum Letzten ein genereller Wunsch, dass man Abkürzungen, wenn man sie zum ersten Mal braucht, ausschreibt. By sméo: By ist wahrscheinlich englisch und heisst bei. Aber sméo weiss ich nicht. Es ist aber nicht, was ich im Moment wissen möchte. Der Punkt, den ich in der Eintretensdebatte bereits angekündigt habe, ist ziemlich in der Mitte des Investitionsblattes. Die Ausführungen dazu sind im Beilagenbuch, Seite 74. Dazu stellen wir einen Antrag. Deshalb möchte ich gerne auf das vierhändige Blättern warten. Der Antrag lautet, dass wir im Jahr 2013 schon Fr. 50'000.— einsetzen. Die Begründung dieses Antrages wäre, dass man, wenn wir es vom siebenjährigen Finanzplan her anschauen, quasi die Gelder ein Jahr nach vorne ziehen, 2013 Fr. 50'000.—, 2014 bereits Fr. 200'000.— und 2015 den Rest ausgeben würde. Ich habe die Begründung schon angekündigt, möchte es hier noch einmal wiederholen: Was im Text im Beilagenbuch auf Seite 74 steht, zeigt, dass dies ein eminent wichtiges Instrument für die Steuerung von Sachen, die wir im Einzelnen beschliessen werden, beschliessen wollen und beschliessen müssen, ist. Zum Teil ist es zeitlich auch wichtig, weil sie unmittelbar zu anderen aktuellen Entwicklungsprojekten benachbart sind. Einfach zwei Beispiele: Wir werden im nächsten Jahr sowohl die ERO eröffnen wie den neuen Fachhochschul-Campus beziehen. Es sind zwei ganz entscheidende Elemente, die ja eben prägen, wie eine solche räumliche Entwicklungsstrategie aussehen muss. Wenn wir noch einmal ein Jahr zuwarten, bis wir nur schon damit anfangen, riskieren wir, dass wir eben nicht wirklich eine Strategie, sondern nur ein nachträgliches Anpassen an die vollendeten Tatsachen bekommen. Das ist klein Planungsinstrument mehr. Es ist jetzt schon spät. In diesem Sinne würden wir eigentlich am liebsten die ganzen Fr. 300'000.— nächstes Jahr ausgeben. Aber wir denken, es braucht einen gewissen Rhythmus, so etwas korrekt zu machen. Deshalb der Antrag: Man zieht es ein Jahr nach vorne, konkret jetzt für das Budget 2013 beantragen wir bei dieser Position nicht null, sondern Fr. 50'000.— einzusetzen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Ich versuche jetzt, in eine Symbiose zwischen Ernst und mir zu kommen. Es sind überschneidende Themen, auch Investitionspakete. Felix: Was wir vorher diskutiert haben und das war auch die Frage von Daniel Schneider, was man darunter versteht, welche Gelder dort eingesetzt werden. Die Idee, auch von der Kommunikation, wie wir es miteinander gesehen haben, das Stadtplanungsamt und die Stadtentwicklung, ist, dass wir in der Position 790.501.054, in der es um Freiraum Verkehrsraumkonzept Olten Ost, eigentlich diesen Betrag im Zusammenhang mit der räumlichen Entwicklung und der Strategie sehen und an und für sich hier jetzt null haben. Wir möchten es eigentlich im anderen Kredit zusammengefasst und weiterentwickelt haben. Das war die Überlegung, wo wir schliesslich zwischen Stadtentwicklung und Stadtplanung gesagt haben: Wir wollen es dort fokussieren statt im anderen Kredit. Das heisst also, dass wir im Zusammenhang mit Olten Ost die entsprechende Raumentwicklung machen und dort auch unseren Fokus legen möchten.

Urs Knapp: Für mich ist das eine operative Frage. Wo setzt man die besten Mittel ein? Das sollte eigentlich nicht das Parlament entscheiden, sondern die Operativen. Grundsätzlich ist die Idee von Felix nachvollziehbar. Man sollte zuerst die Grundstrategie machen und nachher umsetzen. Wir haben auch sehr viele Möglichkeiten, dies in der Verwaltung zu machen. Aber die Verwaltung muss entscheiden und nicht das Parlament, was Priorität hat. Ich verweise auf die beiden Fraktionserklärungen und glaube, hier hat es auch schon einen Bedarf, dass man die Sachen, die man hat, super macht und dann kann etwas Neues aufgehen. Von daher würden wir diesen Antrag ablehnen. Aber wir denken, wenn die Verwaltung jetzt das Gefühl hat, man macht dies anders, haben wir auch nichts dagegen, wenn man hier Fr. 50'000.— und

andernorts Fr. 100'000.— spart.

Beschluss

Mit 30 :7 Stimmen bei 9 Enthaltungen wird der Änderungsantrag, wonach man die Investitionen bereits im Jahr 2013 auslöst, abgelehnt.

Seite 43, Beilage Seite 85, 791.503.001, Entwicklung Schützenmatte

Daniel Schneider: Hier wurden bereits Fr. 100'000.— verarbeitet. Martin Wey, was ist das Produkt der Konsumation von zwei Dritteln dieses Kredites?

Stadtrat Dr. Martin Wey: Von den Fr. 150'000.— ist leider noch nichts gebraucht worden. Das hat den Grund, dass wir gewisse Projektierungen, bei denen wir zwar das Geld gehabt hätten – das ist 2009 bewilligt worden – aber wir möchten gerne 2014 von diesen Fr. 150'000.— 50'000.— in eine Planung investieren. Der Grund dafür ist, dass wir sehr gerne im Sinne eines Anschlussprogrammes nach ERO-Eröffnung und Innenstadt auch Parkierungsfragen, die Gestaltung der Schützenmatte auch angehen möchten und uns erscheint 2014 das richtige Jahr zu sein, um dort diese Planung endlich an die Hand zu nehmen. Es sind also noch nicht Fr. 100'000.— ausgegeben worden, sondern es werden jetzt Fr. 50'000.— von den Fr. 150'000.— 2014 ausgegeben. Wir sind dort im Rückstand.

Seite 43, 790.501.060, Innenstadt, weitere Umsetzung

Urs Knapp: Ich hätte gerne eine Präzisierung von Herrn Baudirektor und zwar wenn man in der Beilage auf Seite 78 schaut „Innenstadt, weitere Umsetzung“. Wir haben fast die weihnachtliche Zeit und es ist etwas eine Auswahlendung. Jeder bekommt etwas. Einerseits steht hier, man brauche das Geld, damit man weitere Umsetzungsschritte machen müsse, als Vorleistung, dass wahrscheinlich die nächsten Bausteine dieser Massnahmen in der Innenstadt gemacht werden können. Wenn dies der Fall wäre, lieber Herr Baudirektor, wären wir gegen diesen Kredit. In den letzten Monaten haben wir mehrmals sehr hart über das Konzept Innenstadt diskutiert. Eine Mehrheit des Parlaments und eine knappe Mehrheit des Volkes hat gesagt: Ja, wir haben jetzt die Sperrung der Kirchgasse. Aber man hat dies nicht als ersten Schritt definiert. Wenn man jetzt hier sagt „für weitere Umsetzungsschritte“ sehe ich nämlich schon den Plan, der nächste Baustein: die nächsten zehn Strassen sperrren, die nächsten zehn aufreissen, die nächsten zehn Sachen. Das kann es nicht sein. Wenn dieses Geld eingesetzt würde – das ist das nächste, das drin steht – „gelten für die weitere Suche nach tragfähigen Parkierungs- und Parkhauslösungen“, kann man dies selbstverständlich ausgeben. Ich würde jetzt eigentlich gerne ein klares Bekenntnis von Dir hören, wofür dieses Geld ausgegeben wird.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Ich kann für den Gesamtstadtrat bekräftigen oder wiederholen, was wir gesagt haben, dass in dieser Vorlage der Baustein A.1 das Thema ist und keine weiteren. Weitere Bausteine werden durch das Parlament in diesem Sinne behandelt, politisch diskutiert. Die Fr. 150'000.— sind eine Nachbehandlung nach einer Zahnbehandlung, wenn es weh getan hat, im Sinne von flankierend, wenn das System eingeführt worden ist, dass wir noch entsprechende Korrekturen machen können. Das heisst aber nicht, dass wir den Kredit überschreiten möchten, sondern es sind Korrekturen, allenfalls auch solche Ideen, die Du aufgebracht hast, Parkplatzsituation, weitersuchende Möglichkeiten, aber unter dieser Position ist kein weiterer Baustein angedacht.

Urs Knapp: Erlaubst Du mir eine Frage? Braucht man für dieses Projekt dann eine zweijährige Zahnbehandlung? So schlimm wird es ja wahrscheinlich nicht herauskommen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Wir haben natürlich noch gewisse Anschlussstellen, eine Unbekannte, Eröffnung ERO, und müssen schauen, dass wir dort die entsprechende

Vernetzung mit dem Innenstadtbereich entsprechend sauber auch aufgleisen können. Es geht auch darum, die Erfahrungen, die wir dort mit der Eröffnung der ERO mit der Schnittstelle haben, sauber zu lösen.

Regionale Zivilschutzorganisation, Seite 47/48

keine Wortmeldungen

Regionaler Führungsstab und Bevölkerungsschutz, Seite 51 - 53

keine Wortmeldungen

Sozialregion, Seite 55 – 58

keine Wortmeldungen

Beilage zu Voranschlag

Beiträge, Seite 1 - 10

Thomas Marbet: Nur eine generelle Aufforderung an den Stadtrat im Sinne von Ernst Zingg, Zero-Base-Budgeting. Ich möchte einfach auffordern, diese freiwilligen Beiträge, die ja doch auch eine namhafte Summe ausmachen, nämlich über 2 Millionen Franken, die auch gerechtfertigt sind – es soll jetzt hier nicht eine polemische Debatte um einzelne Posten stattfinden – aber diese anhand von gewissen Kriterien (strategisch nachhaltiger Beziehungspflege oder andere Grundsätze) regelmässig, vielleicht einmal pro Legislatur, zu überprüfen, ob sie noch sinnvoll sind. Man kann durchaus auch neue Mitgliedschaften anstreben, dafür vielleicht auch andere aufgeben.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Merci vielmals für diese Anregung. Aber das ist natürlich Must, dass wir dies tun. Es wurde auch im Blatt von Daniel geschrieben. Ich nehme an, es ist die gleiche Frage, die Thomas Marbet stellt. 2,2 Millionen Franken. 1,3 Millionen dieser Beiträge sind der ÖV, der Gemeindebeitrag Ergänzungsleistung und der Finanzausgleich. Allein 1,3 Millionen, die es höher ist, als im letzten Jahr. Das habe ich heute Abend schon einmal erklärt. Es sind gegebene Beiträge aufgrund des kantonalen Lastenausgleichs. Dann ist es natürlich völlig klar, dass wir die einzelnen Beitragsposten systematisch kämmen. Ich habe das Budget 2004 angeschaut. Dort hatten wir noch Sachen drin, die weit weg sind und es nichts mehr drin. Wir haben also deutsch gesagt jeden Vereinsbeitrag angeschaut. Gibt es diesen Verein überhaupt noch? Gibt es diese Zeitschrift noch? Brauchen wir dies und, und, und? Es ist tatsächlich so, dass es ein sehr hoher Beitrag ist. Hier lohnt es sich, sich etwas Zeit zu nehmen. Das beste praktische Beispiel ist, wobei dies natürlich eine sehr schöne Geschichte ist, dass auch immer ein Beitrag AareLand von Fr. 50'000.— drin war. Wir haben heute beim AareLand eine Regelung, dass wir dies regional abfedern können und die Stadt Olten bezahlt nur noch den Anteil an die regionalen Kosten. Das ist auch eine dieser Erkenntnisse. Es ist jetzt zum Beispiel um Fr. 50'000.— zurück gegangen. Aber es ist schon so, dass es eine hohe Summe und ein Gebot der Stunde ist, diese Beiträge zu überprüfen. anschauen.

Seite 6, 340.365.03, Beiträge zur Juniorenförderung

Michael Neuenschwander: Mir ist einfach aufgefallen, dass nichts dazu aufgeschlüsselt ist. Ich habe mittlerweile per Mail etwas mehr Informationen erhalten. Merci, Mario Clematide. Vielleicht würde es die Kolleginnen und Kollegen auch etwas mehr interessieren, wie die Juniorenförderung nach Juniorinnen und Junioren und Vereinen aufgeschlüsselt ist. Wie ich gesehen habe, geht es grundsätzlich um ungefähr Fr. 40.— pro Nase. Ich glaube, jetzt gibt es aber dort zum Beispiel auch irgendein schwarzes Loch beim FC Olten. Das hat mich vor allem interessiert, im Hinblick darauf, dass ich selber gesehen habe, wie dies eigentlich eine grosse Integrationsmaschine für die Jugendlichen ist. Jetzt geht es dort offenbar noch um eine Schuldenverrechnung. Was gibt es dazu zu sagen?

Stadtrat Mario Clematide: Grundsätzlich ist es so, dass uns die Vereine melden, wie viele Junioren sie haben und dann erhalten sie pro Kopf Junior Fr. 40.—. Sie melden uns, wie viele sie haben und dann erhalten sie den Betrag überwiesen. Das Mitglied der Grünen in der

Sportkommission hat diese Zusammenstellung, weil ich sie Euch auch geschickt habe. Was den FC anbelangt, bin ich dabei, mit den Verantwortlichen des FC Olten zusammen zu sitzen. Das habe ich Myriam auch geschrieben. Wir haben schon Vereinbarungen mit dem FC Olten gemacht. Aber ich sage jetzt nicht, es sei unbedingt kulant Verhalten dieses Vereins. Wir müssen uns an den Tisch setzen und das Problem lösen. Es gibt ein zweites Problem, das wir noch haben. Das darf ich hier durchaus sagen: Die Auflösung der Sportplatzvereinigung, die Rechnung, die wir dort haben. Dort haben wir auch unbezahlte Beiträge des FC Olten, wo wir irgendwie schauen müssen, dass wir dies in Verrechnung bringen können. Aber der Goodwill, und das kann ich als ehemaliger Fussballschiedsrichter sagen, ist vorhanden. Aber wir haben auch die Rechtmässigkeit, die beachtet werden muss. Ich denke, hier ist es rechtlich gegeben, dass man verrechnen kann. Es kann ja nicht sein, dass wir Zahlungen machen und auf der anderen Seite noch Forderungen gegenüber dem Verein haben. Darum dieses Loch. Aber sonst sind wir transparent.

Personalstatistik, Seite 11 – 18
Budgetgrundlagen, Seite 91 – 104

keine Wortmeldungen
keine Wortmeldungen

Seite 28, Beilage, 110.506.006, Einsatzfahrzeug Stadtpolizei

Daniel Schneider: Meine Fragen habe ich auf die Beilage abgestützt und bin etwas in einen Rückstand geraten. Ich möchte mich entschuldigen, wenn ich jetzt noch eine kurze Verzögerung bringe. Aber ich denke, es ist doch noch die eine oder andere Ergänzung in der Beantwortung durch den Stadtrat da. Ich möchte noch einmal auf das Einsatzfahrzeug der Stadtpolizei zurück kommen, wo uns nicht ganz klar war, ob es sich hier um einen Kauf oder um eine Aufrüstung handelt. Ich war der Meinung, die Fahrzeuge seien geleast gewesen. Aber ich lasse mich gerne orientieren.

Stadträtin Iris Schelbert: Daniel, Du hast natürlich recht. Die zwei Einsatzfahrzeuge, die wir haben, sind geleast. Jetzt haben wir fast Vollbestand des Korps und brauchen jetzt ein drittes, damit wir unsere Patrouillen machen können. Das dritte Einsatzfahrzeug, das wir im Investitionsbudget haben, ist das Einsatzfahrzeug plus das Polizeimaterial, das es drinnen braucht, Schutzweste, Funk, Waffen, was fest in diesem Auto drin ist. Wir wollen nicht wieder einen kleinen BMW, sondern es gibt jetzt einen VW T5. Das wäre ein grösseres Fahrzeug, das uns dann besser dient. Es ist ein Lieferwagen, den wir dann vor allem auch brauchen können bei Mannschaftseinsätzen, in der Quartierpolizei, damit man nicht immer das Auto des technischen Dienstes nehmen muss, weil er ja auch immer mit der Signalisation unterwegs ist. Das sind die Fr. 100'000.—. Wir kaufen dieses Auto, weil es, was vor Jahren wirklich günstig war, die Leasingkonditionen für Lieferwagen, seit einiger Zeit massiv günstigere Einkaufspreise gibt, vor allem, wenn man bar zahlen kann. Dann werden also die günstigen Konditionen des Leasings längstens wett gemacht.

Seite 33, Beilage, 293.503.062, Schulraumplanung: Neues Schulhaus Primarschule

Daniel Schneider: Hier wären wir froh, wenn Stadtrat Mario Clematide uns kurz den Planungsstand bekannt geben würde. Als Vater eines Kindes des Hübelischulhauses bin ich sogar befangen, dass ich noch fragen würde, wann Ihr das Hübelischulhaus aufgibt. Vielleicht kannst Du uns kurz orientieren, wo Ihr steht.

Stadtrat Mario Clematide: Ich kann es kurz machen und habe es auch so gesagt. Wenn ich als Handelslehrer von Planen spreche und das mit einem Baufachmann, wie Du bist, mache, kommt dies verschieden daher. Du als Planer meinst, wir seien schon in den Details, und ich sage Planen heisst, ich habe vor, im Kleinholz oben auf das Schuljahr 2015/16 neuen Schulraum zur Verfügung zu stellen. Aktueller Stand heute: Die Schulleitung, zusammen mit dem Lehrerkollegium des Hübelis, macht eine Raumbedarfsplanung für das neue Schulhaus aus pädagogischer Sicht. Diese Raumbedarfsplanung für das neue Schuljahr werden wir Ende

November erhalten. Ende November werden Ueli Kleiner und ich aus finanzieller Sicht über dieses Projekt gehen und nachher eine Bestellung beim Hochbauamt machen. Dann wird dies seinen ganz normalen Gang der Dinge nehmen.

Daniel Schneider: Merci für die nachvollziehbare Erläuterung. Wir finden uns nach und nach.

Seite 35, Beilage, 300.503.003, Neubau/Sanierung Kunst- und Naturmuseum

Daniel Schneider: Hier haben wir nächstes Jahr Fr. 400'000.— enthalten. Dann gibt es eine Ruheperiode von drei Jahren. Ab 2017 würde es weiter gehen. Hier wären wir auch froh, wenn vermutlich Ernst kurz etwas dazu sagen könnte.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Daniel Schneider hat die Antwort gelesen und gesagt, er sei zufrieden, als ich sie ihm gegeben habe. Ich wiederhole sie gerne und hoffe, er sei immer noch zufrieden. Das Raumprogramm in diesem Konstrukt liegt in grossen Teilen vor. Im Rahmen des Finanz- und Investitionsplanes 2012 – 2018, wo übrigens nur eine Hälfte der Kosten enthalten war, während im jetzigen Finanzplan 2013 – 2019 die ganze Summe enthalten ist, wurde ausgeführt, dass die Projektierung vorgezogen wird, damit man auch in der Zwischenzeit bis zum geplanten Bau sogenannten handlungsfähig wäre, wenn sich die Konstellationen ändern würden. Jetzt könnte man dies noch ausdeutschen. Man möchte bereit sein, dass man, wenn ein Projekt erledigt ist oder im Laufe der Finanzplanperiode nicht zum Tragen kommt, vorziehen kann. Für solche Sachen braucht es neben dem Wettbewerb, den wir ja machen möchten, eine Projektierung. Es braucht für so etwas eine Volksabstimmung mit allem Drum und Dran, weil es hier um ein paar Millionen Franken geht. Das kann man nicht einfach so in fünf Minuten machen. Die einzige Änderung ist darin zu sehen, dass in der Zwischenzeit die Planung für ein neues Schulhaus auf der linken Stadtseite – das haben wir gerade gehört – etwas konkretisiert wurde. Bei der Bewilligung dieser Mittel stellt sich natürlich auch die Frage der künftigen Nutzung des Hübelischulhauses, das wir nicht mehr brauchen. In diesem Zusammenhang haben wir eine Nutzungsstudie für den ganzen Perimeter Kirchgasse/Munzingerplatz in Auftrag gegeben, die wir in ungefähr zwei Monaten erwarten. Deshalb werden wir 2013 mit dem Wettbewerb starten. Den letzten Punkt konntest Du noch nicht lesen. Er ist nämlich ganz neu. Ich darf in diesem Haus sagen, dass wir heute ein sehr eindrückliches Gespräch mit Privatleuten hatten im Sinne von Daniel Dähler, der immer sagte PPP, auch in einem solchen Fall, die bereit wären, erkleckliche Summen Geld in ein solches Gebilde zu investieren. Das war eines meiner erfreulichsten Gespräche in der letzten Zeit. Aber mehr kann ich natürlich nicht sagen.

Daniel Schneider: Herzlichen Dank. Ich verstehe die Strategie, den roten Faden einmal auszulegen, damit man quasi in der Zwischenzeit nichts falsch macht. Das Letzte, das Du noch mitgeteilt hast, ist ausserordentlich erfreulich. Aber ich erinnere mich auch an etwas, das schon ähnlich war, dass man etwas verspielt hat. Ich glaube, das sollte man auch sagen. Ich weiss, dass nicht Du das warst, sondern jemand, der nicht mehr im Stadthaus ist. Aber einfach, damit man diese Chance auch wirklich packt, wenn sich jemand engagieren will und wenn das Museum halt Müller-Museum heisst, ist dies ja eigentlich egal. Hauptsache, wir haben eines.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Wir kommen zu den Beschlussesanträgen auf Seite 11 des Voranschlages. Wie angekündigt, werde ich zuerst auf die Punkte 4 und 5 eingehen. Falls wir dort Anpassungen hätten, könnten wir diese in der Schlussabstimmung direkt berücksichtigen. Wird zu den vorliegenden Anträgen der SVP-Fraktion noch einmal das Wort gewünscht?

Urs Knapp: Es ist schwierig, den richtigen Zeitpunkt zu finden, um solche Anträge zu stellen. Vielleicht ist es jetzt, vielleicht wäre es in der Eintretensdebatte gewesen. Wir werden den Antrag nicht unterstützen. Nicht, weil wir Steuersenkungen per se schlecht finden. Gert Winter

hat gesagt, dass 1 % ein Zeichen ist, das etwas zeigt. Ich glaube, es wäre besser, wir würden 1 % sparen und im nächsten Jahr vielleicht noch einmal 1 %. Dann können wir etwas Deutliches machen. Ich glaube, das war auch der Erfolg der Steuersenkung, die wir in diesem Jahr gemacht haben. Wir haben mit 5 % wirklich ein Zeichen gesetzt, wo man gehört hat, dass hier viel passiert ist. 1 % verschwindet so im Dunstkreis. Das ist ein Punkt. Der andere ist natürlich auch der finanzpolitische Punkt. Wir haben ein gutes Budget. Wir haben ein rechtes Budget. Aber wir können nicht über die Stränge hauen. Ein paar finanzielle Kennzahlen dieses Budgets könnten noch besser werden. Von daher würden wir bei allem Respekt vor dem, wie Ihr dies möchtet, sagen. Wenn man schon eine Steuersenkung macht, müssen einmal die Rahmenbedingungen vorhanden sind. Sie stimmten vor einem Jahr. Das Andere ist, dass es auch so ist, dass man es hört. 1 % ist halt einfach etwas leise.

Beschluss

Mit 39 : 7 Stimmen bei 0 Enthaltung wird der Änderungsantrag der SVP zu Punkt 4 auf Senkung auf 94 % abgelehnt.

Beschluss

Mit 39 : 7 Stimmen bei 0 Enthaltung wird der Änderungsantrag der SVP zu Punkt 5 auf Senkung auf 94 % abgelehnt.

Beschlussesanträge einzeln

Ziffer I./1.	Zustimmung einstimmig
Ziffer I./2.	Zustimmung einstimmig
Ziffer I./3.	Zustimmung einstimmig
Ziffer I./6.	Zustimmung einstimmig
Ziffer I./7.	Zustimmung einstimmig
Ziffer I./8.	39 : 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen
Ziffer I./9.	Zustimmung einstimmig

Gesamtbeschluss

Mit 39 : 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Voranschlag 2013 der Laufenden Rechnung mit einem Mehrertrag von Fr. 79'000 wird genehmigt.
2. Die Investitionsrechnung der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von Fr. 28'745'000 wird genehmigt.
3. Die Feuerwehersatzabgabe wird unverändert auf 9% der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum Fr. 400.00).
4. Der Steuerfuss für die natürlichen Personen wird unverändert auf 95% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
5. Der Steuerfuss für die juristischen Personen wird unverändert auf 95% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
6. Das Budget der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 543'500 wird genehmigt.
7. Das Budget des Regionalen Führungsstabs Bevölkerungsschutz (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 40'200 wird genehmigt.
8. Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 35'220'100 wird genehmigt.
9. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 20 Millionen Franken aufzunehmen.

II.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Mitglieder der Direktionsleitung (9)
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2012

Akten-Nr. 29/60

Prot.-Nr. 27

Giroud Olma Hallen, Untermietvertrag/Genehmigung

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Die Giroud Olma Turnhallen sind in den letzten Jahren zu einer der wichtigsten Sportanlagen der Stadt Olten geworden, denn neben der Stadthalle befindet sich dort die zweite Dreifachturnhalle in Olten. Die Nähe zum Bahnhof, ausreichende Parkmöglichkeiten, ausfahrbare Zuschauertribünen und die zentrale Lage über dem Sälipark bieten beste Möglichkeiten für Sportanlässe, ohne dabei die Anwohner zu stören.

Diese Sportanlage wurde von der Giroud Olma AG erbaut und seither dem Kanton für die Durchführung des Sportunterrichts der beiden Berufsschulen vermietet. Der Kanton wiederum untervermietet die Hallen der Einwohnergemeinde Olten, welche diese den lokalen Sportvereinen am Wochenende und am Abend zur Verfügung stellt.

In den vergangenen 18 Jahren wurde die Sportanlage aufgrund des einmaligen Standortbeitrages in der Höhe von CHF 1'395'000.- (in Anlehnung an Art. 108 des kantonalen Gesetzes über die Berufsbildung und die Erwachsenenbildung vom 1. Dezember 1985) sehr günstig vom Kanton an die Stadt Olten untervermietet. Der Mietzins für die Abendbelegungen während der Schulzeit sowie 76 Wochenende betrug bisher CHF 110'000.-.

Der langjährige Mietvertrag zwischen dem Kanton und der Giroud Olma AG wurde im Frühjahr nach langen Verhandlungen rückwirkend per 01.01.2012 erneuert. Dieser Anlass und das Argument, dass der vor 18 Jahren geleistete Standortbeitrag nicht für eine unbefristete Zeit zu einer vergünstigten Untermiete berechtigt, führten dazu, dass das Kantonale Hochbauamt und die involvierte Direktion Bildung und Sport einen neuen Mietzins aushandelten. Rückwirkend wurde per 01.01.2012 für dieselben Benützungszeiten wie 2011 für das Jahr 2012 ein Betrag in der Höhe von CHF 300'000.- ausgehandelt, was gegenüber dem Jahr 2011 Mehrkosten in der Höhe von CHF 190'000.- entspricht.

Der neue Untermietvertrag soll über die nächsten 5 Jahre abgeschlossen werden. Damit wird die Planungssicherheit über die nächsten Jahre gewährleistet. Die Vorlage bildet den finanziellen Rahmen für die Detailverhandlungen des vorliegenden Vertragsentwurfs.

2. Bedeutung der Giroud Olma Hallen

Die Giroud Olma Hallen sind für die Oltner Sportvereine von besonderer Bedeutung, da es in Olten keine Alternative gibt: Die Stadthalle ist meist über das Wochenende (Freitag bis

Sonntag) für grössere Veranstaltungen besetzt und steht daher für den Meisterschaftsbetrieb der Sportvereine nur eingeschränkt zur Verfügung. Die Sportanlage Giroud Olma ist deshalb die Heimstätte der bedeutenden Oltner Sportvereine Handballverein Olten (Herren 1. Liga und 9 weitere Teams) und Unihockey Mittelland - Region Olten Zofingen (Herren NLA und 16 weitere Teams) sowie für Sportveranstaltungen des Basketballclub Olten Zofingen (Damen NLB und 4 weitere Teams) und Hockeyclub Olten (Damen NLA und weitere Teams Hallenmeisterschaft). Die Teams dieser Vereine benutzen die Giroud Olma Turnhallen zu Trainingszwecken und zur Durchführung ihrer Meisterschaftsheimspiele und Turniere. Weitere Sportvereine (Sportverein Olten, Badmintonclub, ESV, SC Altstadt und HC Blauweiss) trainieren derzeit in der Dreifachhalle bzw. in der zusätzli-chen Einfachhalle. Sogar der NLA-Volleyballclub TV Schönenwerd nutzte in der Vergangenheit diese Halle.

Die aktuellen Belegungspläne der Giroud Olma Hallen sowie der Stadthalle weisen an den Abenden keine freien Einheiten und an den Wochenenden nur noch einzelne Lücken aus. Dies und die Tatsache, dass diverse Vereine noch mehr Trainingseinheiten wünschen, verdeutlichen den grossen Bedarf an Trainingszeiten in Dreifachhallen generell und damit die Notwendigkeit den Vereinen die Giroud Olma Hallen weiter zur Verfügung zu stellen.

Anhand der Benützungsgebührentwicklung ist die steigende Nachfrage der Sportvereine an Trainingszeiten in den Giroud Olma Hallen ersichtlich:

Jahr	Gebührenertrag
2011	25'000.-
2010	19'000.-
2009	22'000.-
2008	16'000.-
2007	20'000.-
2006	14'000.-

Abbildung 1: Gebührenertrag der Giroud Olma Turnhallen

Zwischen der Höhe des Gebührenertrages und dem Auslastungsgrad besteht ein direkter Zusammenhang. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Erträge künftig steigen werden. Diese Erträge sind bei weitem nicht Kosten deckend. Diesem Defizit steht der im nachfolgenden Kapitel beschriebene Nutzen gegenüber.

3. Nutzen der Giroud Olma Hallen

a) Auswirkungen aus sportlicher und sozialer Sicht

Die Benützung der Turnhallen ist zwingend für das Vereinsleben. Stünden die Giroud Olma Hallen nicht mehr zur Verfügung, wäre der Bestand der zwei grössten Sportvereine (Handball und Unihockey) inklusive deren Nachwuchsbereiche gefährdet. In vielen Trainingsstunden können sich die Mitglieder der Oltner Sportvereine aktiv bewegen, haben ein sinnvolles Hobby und sind Teil der Sportvereine der Einwohnergemeinde Olten. Die Sportvereine bieten vielen Jugendlichen die Möglichkeit, in den Juniorenteams aktiv am Trainings- und Meisterschaftsbetrieb teilzunehmen. Die Heimspiele der Sportvereine in der Giroud Olma können so weiterhin stattfinden.

b) Auswirkungen aus Midnight-Sicht

Das Midnight Olten könnte nicht mehr in der Giroud Olma stattfinden und würde ziemlich sicher ebenfalls aufgelöst werden. Das Midnight Olten hat mit dem Standort Giroud Olma Turnhallen ein sehr passendes Domizil und würde nach den Herbst- und bis zu den Frühlingsferien

sämtliche Samstagabende zwischen 21 – 24 Uhr belegen. Die Jugendlichen nutzen die Hallen für Sport, Bewegung und Integration. Durch die Lage der Turnhallen entstehen kaum Lärmbelastigungen bei den Anwohnern. So können die Turnhallen in den Quartieren an den Wochenenden entlastet werden.

4. Betriebswirtschaftliche Überlegungen

Für die Nutzung am Abend und an den Wochenendtagen während der Schulzeit entsteht der Stadt neu und während fünf Jahren ein Mietpreis von CHF 300'000.-. Dies bedeutet einen jährlichen Aufwand für Miete und Nebenkosten von CHF 300'000.- zwischen 2012 und 2016, was gegenüber 2011 eine Steigerung um CHF 190'000.- pro Jahr bedeutet.

Die Mietkosten in der Höhe von CHF 300'000.- sind im Voranschlag 2013 Konto 340.316.01 und 350.365.01) enthalten. Für das Jahr 2012 ist ein Nachtragskredit zu Gunsten des Kontos 340.316.01 in der Höhe von CHF 190'000.- notwendig.

Vergleicht man die neu entstehenden Mietkosten der Giroud Olma Hallen (CHF 300'000.-) mit den Nettobetriebskosten der Stadthalle des Jahres 2010 (CHF 462'000.-) und 2011 (CHF 443'000.-), wird ersichtlich, dass der neue Mietpreis gerechtfertigt ist. Diese Aussage würde umso deutlicher ausfallen, wenn korrekterweise die Mietkosten der Giroud Olma Hallen mit den Vollkosten (Nettobetriebskosten plus Abschreibungen) der Stadthalle verglichen würden.

5. Fazit

Die Giroud Olma Hallen haben für die Oltner Sportvereine eine enorme Bedeutung. Auch wenn die Kostensteigerung von CHF 190'000.- im ersten Moment hoch erscheint; ist diese in Anbetracht der Kosten von anderen städtischen Sportanlagen (z.B. Stadthalle) gerechtfertigt. Es darf nicht erwartet werden, dass der Kanton – im Besonderen in Zeiten von Sparmassnahmen – die Benützung der Giroud Olma Hallen durch die Oltner Sportvereine im bisherigen Ausmass subventioniert. Aus dem vor 18 Jahren geleisteten Standortbeitrag an den Kanton in der Höhe von CHF 1.4 Mio., kann kein Recht mehr auf eine subventionierte Nutzung abgeleitet werden.

Beschlussesantrag:

1. Die Direktion Bildung und Sport wird mit dem Abschluss des befristeten Untermietvertrages für die Giroud Olma Turnhallen rückwirkend per 01.01.2012 bis 31.12.2016 mit dem Kanton Solothurn beauftragt. Die jährlichen Mietkosten betragen CHF 300'000.-.
2. Es wird ein Nachtragskredit in der Höhe von CHF 190'000.- zu Gunsten der laufenden Rechnung 2012 Konto 340.316.01 bewilligt.
3. Die Direktion Bildung und Sport wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Ergänzungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Dr. Rudolf Moor: Man hat in der GPK natürlich auch dieses Geschäft diskutiert und festgestellt, dass der Mietpreis für diese Halle relativ hoch ist. Es ist gesagt worden, dass es sicher kein M-Budget-Thema ist, das man hier in dieser Grössenordnung behandelt, vor allem auch, wenn man berücksichtigt, dass die Hallen ja der Stadt nicht die ganze Zeit zur Verfügung stehen, sondern tagsüber von der Gewerbeschule genutzt werden. Mario Clematide konnte begründen, dass es keine einfache Alternative und vor allem auch keinen Markt für solche Hallen gibt. Es wurde auch erklärt, dass dieses Resultat nicht einfach von sich zustande gekommen ist, sondern dass man hier relativ intensiv verhandelt hat, um überhaupt auf diesen Betrag zu kommen, der jetzt in der Vorlage vorhanden ist. Man hat weiter festgestellt, dass die Stadt es mit den Vereinen relativ gut meint. Man macht ein gutes Angebot an die Vereine, welche die Hallen nützen und die Vereine zahlen keine Unsummen an die Hallen. In der GPK war man sich aber auch einig, dass man eigentlich nicht eine massive Erhöhung dieser Benützungsgebühren möchte, wenn auch vielleicht doch die eine oder andere Gebühr einmal angeschaut werden müsste. Aufgrund dieser Ausführungen wurde in der GPK einstimmig Eintreten beschlossen und der Vorlage zugestimmt.

Stadtrat Mario Clematide: Um es gleich vorweg zu nehmen: Billig ist das zu behandelnde Geschäft nicht. Billig gemacht ist aber auch das auf fünf Jahre gemietete Objekt nicht. Es ist, und das ist ja in der GPK auch genannt worden, keine M-Budget-Lösung, die wir haben. Es geht also um die rückwirkende Genehmigung des neuen Mietvertrags für die Giroud-Olma-Halle, eine Dreifach-Halle, eine Einfachhalle mit Foyer, an den Arbeitsstunden und an den Wochenenden zu einer vereinbarten Miete von Fr. 300'000.— inklusive Nebenkosten pro Jahr. Der Sprecher der GPK hat es schon gesagt. Es ist keine Marktmiete, sondern eine ausgehandelte Miete. Vermieter ist der Kanton, der seinerseits die Halle von der Giroud-Olma für den Berufsschulunterricht mietet und zwar seit 2012 zu besseren Konditionen als vorher. Das heisst, der Kanton zahlt jetzt weniger als er vorher gezahlt hat. Aus der Sicht der Stadt Olten ist festzuhalten, dass wir in der Vergangenheit die Halle jahrelang zu einem sehr, sehr günstigen Preis gemietet hatten. Leider kein Prix garanti, sondern es findet jetzt eine Anpassung der Untermiete für Hallen statt. Es ist mir sehr wichtig zu sagen für Hallen, die nicht in einer Wohngegend liegen, die Parkplätze haben und ständig belegt sind, so zum Beispiel, und das ist mir auch wichtig zu sagen, auch durch das Projekt Midnight Olten, am späten Samstagabend. Ich habe gestern gerade den Bericht vom letzten Samstag erhalten. Da haben 64 Jugendliche bis Mitternacht in der Halle Sport getrieben und sich unterhalten. Das ist Suchtprävention und Integration zugleich. Bei diesem hohen Preis gebe ich zu bedenken, dass der Kanton bei den Verhandlungen fair war und mit offenen Karten gespielt hat. Mir ist auch wichtig festzuhalten, dass die Stadt Olten im Zusammenhang mit der Kantonalisierung der HPSZ, die jetzt ansteht und der damit verbundenen Übertragung von Grundstücken und Gebäuden, an der alten Aarauerstrasse mit der neu auszuhandelnden Miete für das Hallenbad in der Kanti oder der Übernahme der Mietkosten für ein allfälliges städtisches Gebäude für die regionale Kleinklasse, auch hier an fairen und transparenten Verhandlungen interessiert ist. Ich kann bestätigen, dass diese Verhandlungen immer fair und offen waren. So gesehen hat dann der Stadtrat auch den vereinbarten Mietpreis gutgeheissen und bittet Sie, dies ebenfalls zu tun und unter den Sünden sei mir noch nachgelassen, dass man den dritten Punkt des Geschäfts zudem noch dem fakultativen Referendum unterstellt. Noch etwas zur Frage 1, die von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt wurde. Hier mache ich mea culpa, mea culpa. Diesen Fisch nehme ich. Der Bericht und Antrag ist ja zweiteilig. Erstens geht es, weil der Mietvertrag rückwirkend ist, um den Nachtragskredit für 2012, der Fr. 190'000.— und nicht Fr. 210'000.— ist und zwar ganz einfach, weil wir die Miete von Fr. 110'000.— auf zwei Konti haben, nämlich auf dem Konto Miete 340.316.01, 12, von Fr. 90'000.— und Fr. 20'000.— gebunden an das Projekt Midnight, das mit Fr. 41'000.— drin ist. Fr. 21'000.— an und für sich Lizenzgebühren für Midnight, das dies organisiert und Fr. 20'000.— für die Miete. Für 2013 ist es dann so, dass Fr. 300'000.— auf 340.316.01 sind, Miete, und Midnight ist mit Fr. 21'000.— drin. Dies zur Differenz. Damit wäre auch diese Frage beantwortet und ich bin gespannt auf die Meldungen der einzelnen Fraktionen.

Antonia Hagmann, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ich kann es kurz machen. Bei uns war die Vorlage unbestritten, denn wir sind ganz klar der Meinung, dass eine Gemeinde wie Olten genügend Infrastruktur für sportliche Betätigungen sowie Vereine zur Verfügung stellen muss. Auch dürfte es schwierig werden und wäre auch unverantwortlich, nach 18 Jahren den langjährigen Benutzern einfach zu kündigen, ohne eine Ersatzlösung anbieten zu können. Ich möchte jetzt hier keine Abhandlung vornehmen, wie wichtig Sport und Vereine für Prävention etc. gut seien. Auch ist jetzt nicht der Zeitpunkt, eine Diskussion zu führen, mit welchen Beiträgen die Vereine der Stadt Olten subventioniert werden sollten. Diese Kostentransparenz wurde ja hier schon gefordert und ich hoffe, dass wir irgendeinmal informiert werden. Kurz gesagt: Die Turnhallen benötigen wir und die Nachfrage danach ist gross. Der einzige Wermutstropfen ist natürlich, dass die Giroud-Olma-Hallen nicht im Besitz der Gemeinde sind, sonst müssten wir ja heute nicht darüber befinden – das ist klar – und wir den Eigentümern und dem Kanton bezüglich der Höhe der Miete mehr oder weniger ausgeliefert, so wie Du dies jetzt ausgeführt hast. Wir sind aber dennoch der Meinung, dass der ausgehandelte Betrag vertretbar ist. Es ist uns aber doch bewusst, dass die Schmerzengrenze hoch liegen kann, da ja keine Alternativen vorhanden sind. Dieser Umstand muss bei einem Schulhausneubau unbedingt berücksichtigt werden und eine Dreifachhalle ist dann ein Muss. Somit unterstützt die CVP/EVP/GLP-Fraktion einstimmig den Beschlussesantrag mit dem Nachtragskredit des Stadtrates.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Wir sind selbstverständlich dafür, dass das Untermietverhältnis in den Giroud-Olma-Hallen weiter besteht. Der Bedarf ist ausgewiesen und Alternativen gibt es bekannterweise keine. Das führt dann halt, und es haben es einige schon gesagt, zu dieser unglücklichen, aber schwer zu ändernden „Vogel-friss-oder-stirb-Situation“ und wir haben hier wirklich wenig Einfluss darauf, wie dieser Mietzins ausfällt und mangels Markt wird auch der Kanton nicht sehr viel verhandeln können. Aber wir sind natürlich froh, dass sie sich für uns ins Zeug gelegt haben. Es wäre selbstverständlich spannend zu sehen, wie die Eigentümer rechnen. Aber das ist wahrscheinlich ein Traum. Der GPK-Sprecher hat es auch schon gesagt. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass die Stadt mit dem Ganzen ja auch Sportvereine subventioniert und das finden wir eigentlich sowieso ziemlich gut. Wir folgen einstimmig dem Bericht und Antrag des Stadtrates.

Dr. Markus Ammann, SP-Fraktion: Sie haben vor zehn Jahren eine Wohnung für Fr. 1'100.— pro Monat gemietet. Der Vermieter schlägt auf Fr. 3'000.— auf. Würden Sie da nicht sofort zur Schlichtungsstelle gehen oder wenigstens den Vermieter als Halsabschneider bezeichnen? Gut, der Vergleich hinkt etwas. Sie haben ja vor zehn Jahren noch Fr. 14'000.— selber an diese Wohnung bezahlt. Ist dieser Mietpreis jetzt okay? Ich kann anders anfangen. Im dritten Abschnitt steht am Ende: „Der Mietzins für die Abendbelegung während der Schulzeit sowie 76 Wochenenden betrug bisher Fr. 110'000.—. Was heisst das jetzt? Fr. 110'000.— pro Jahr, pro Monat, pro zehn Jahre? Keine Ahnung. Wofür eigentlich? Für wie viele Stunden pro Tag? Was heisst 76 Wochenende? Im Jahr oder im Monat? Ich habe bisher gemeint, ein Jahr habe 52 Wochen. Es gibt in diesem Bericht und Antrag vor allem eines: Fragen über Fragen. Je mehr man sich in diesen Bericht und Antrag vertieft, desto mehr Sachen werden eigentlich unklar. Ich würde sogar sagen, gewisse Sachen werden mangelhaft beurteilt. Man bekommt das Gefühl nicht los, das ist ziemlich schlampig geschrieben und eigentlich ungenügend. Aber vielleicht ist dies alles nur Taktik. Später steht nämlich: Fr. 300'000.— werden dann mit der städtischen Halle verglichen, die zwischen Fr. 400'000.— und 500'000.— kostet und nur noch wenigen, mindestens in unserer Fraktion, ist es aufgefallen, dass hier mindestens Äpfel mit Birnen verglichen werden, nämlich die Nettobetriebskosten, die für eine Halle sind, die man den ganzen Tag brauchen kann, mit einem Mietzins, den man nur am Abend und am Wochenende braucht. Aber wir können diese Milchbüchlein-Rechnung noch etwas weiter machen. Ich habe mir einmal so Stunden eingesetzt, ein paar konservative Zahlen, Zahlen gibt es ja in diesem Sinn nicht. Wir haben gesagt: 3'000 Stunden pro Jahr werden diese Hallen von der Stadt genutzt, die Giroud-Olma-Halle vielleicht 1'100 Stunden. Das ergibt dann den bisherigen

Mietpreis von Fr. 100.— pro Stunde in der Giroud-Olma-Halle, neu Fr. 270.— und in den städtischen Hallen Fr. 150.--. Auch diese Rechnung kann man natürlich anzweifeln. Sie ist vielleicht nicht ganz korrekt, weil es Nettobetriebskosten sind. Trotzdem bekommt man das Gefühl nicht los, hier zahlt man einfach zu viel. Es wird nicht viel gemacht, damit man dieses Gefühl wirklich los wird. Wie viel zahlt denn der Kanton dem Vermieter für diese Halle? Wieso steigt dieser Preis so sprunghaft an? Deckt dieser Preis jetzt die Vollkosten des Kantons? Oder eventuell müsste man ja eigentlich nur die Grenzkosten bezahlen. Es ist nicht ganz klar weshalb. Noch einmal: Fragen über Fragen und nirgends eine richtige Antwort. Voilà. Sie spüren, wie es bei uns in der Fraktion gegangen ist. Ehrlich gesagt hätten wir dieses Geschäft sofort an den Absender zurückgewiesen und eigentlich noch eine bessere Vorlage verlangt. Jetzt kommt unser Salto mortale. Wir werden dem natürlich auch zustimmen. Das hat mindestens zwei Gründe. Erstens ist es nicht zu erwarten, dass wir hier im Moment unter diesen Rahmenbedingungen einen besseren Vertrag aushandeln können. Wir machen es ja sowieso rückwirkend. Zweitens möchten wir es den Vereinen ersparen, dass sie bald ohne geeignete Trainings-, Spiel- und Veranstaltungsräume da stehen. Uns sind die Vereine und ihre Arbeit zu wichtig, um auf ihrem Rücken Politik zu machen. Allerdings wird damit einmal mehr deutlich, was Antonia gesagt hat, wie viel Unterstützung die Stadt den Sport- und Freizeitvereinen bietet und das nicht nur denjenigen, die Eis benützen. Fazit: Was wir hier also unterschreiben und zahlen ist eine Art Marktpreis. Das muss man schon sagen, nämlich ein Preis von Angebot und Nachfrage. Das Problem ist einfach, dass wir keine Alternative haben. Damit kann man verlangen, was man will. Allerdings gibt es eigentlich wirklich keinen freien Markt, wo man etwas verhandeln könnte. Hier müssen sich natürlich Stadt und Kanton schon überlegen, ob dies langfristig die richtige Variante ist.

Thomas Frey: Auch die FdP ist einstimmig dafür, dass man das Mietverhältnis in diesem Sinn eingeht. Ernst Zingg ist es gelungen, bei uns an der Fraktionssitzung zu erläutern, wie es dazu gekommen ist, und die ganzen Zusammenhänge. Ich habe mir hier eigentlich nur aufgeschrieben, dass Verhandlungen dann gelungen sind, wenn alle etwa gleich unzufrieden sind. Das ist in diesem Fall so. Wir hören es und haben das Gefühl, wir müssen mit den Fr. 300'000.— Jahresmiete einen hohen Betrag zahlen. Ich weiss, dass die Familie Jung, die zugegebenerweise 20 Jahre einen Supervertrag mit dem Kanton hatte, hier auch Federn lassen musste und zwar nicht unwesentlich. Den Kanton tut es aus dem Grund weh, weil er jetzt wirklich 20 Jahre lang sehr viel zu viel bezahlt hat und wir zu wenig. Das wird jetzt etwas angeglichen. Es schmerzt alle gleich viel. Von daher kann man der Vorlage, so wie sie hier vorliegt, ohne Weiteres zustimmen.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Die SVP verzichtet auf eine Fraktionsmeldung.

Thomas Marbet: Ich habe einfach eine generelle Bemerkung. Mir ist heute Abend etwas aufgefallen, dass wir viel für Vereine machen. Wir haben gehört, dass wir Geld für Juniorenförderung geben. Es gibt Vereinsbeiträge, wie wir es in der Beilage gesehen haben. Wir geben eigentlich Subventionen für die Benutzung von Infrastruktur, gerade bei der Giroud-Olma-Halle. Es gibt vermutlich auch Leistungen des Werkhofs für Feste bei Vereinen. Notabene gibt es Steuerbefreiung und es gibt vermutlich auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Vereinen mitwirken, bei der Stadt arbeiten und vielleicht auch Beiträge leisten. Mir sind Vereine wichtig. Auch wichtig ist mir aber, dass die Vereine dann auch gleich behandelt werden und die Stadt dann unter dem Strich nicht einschaut bei all diesen Beiträgen, die vielleicht vom einzelnen Beitrag selber nicht so sehr viel ausmachen. Wenn man dann aber alles zusammenzählt, was diese Vereine bekommen, macht dies dann vielleicht doch eine grössere Summe aus. In diesem Sinn der Aufruf, das Vereinswesen in den nächsten Jahren vielleicht doch auch etwas im Auge zu behalten.

Thomas Rauch: Nur eine kleine Bemerkung. Mich freut es zu hören, dass die SP beklagt, dass wir keine Marktsituation haben. Zweitens möchte ich dazu sagen, dass, was eigentlich die Politik leisten müsste, ist, dass sie die Frage beantworten müsste: Weshalb steckt die Stadt

Olten in einer so monopolistischen Situation? Ich denke, das wäre, worauf man in der längeren Frist eine Antwort haben möchte.

Stadtrat Mario Clematide: Markus, ich bin Dir sehr dankbar für die kritische Aufnahme dieser Vorlage. Was ich aber nicht auf mir sitzen lasse, ist, dass sie oberflächlich ist. Erstens: Sie ist so weit gemacht, und das hat Myriam gesagt, wie ich es gegenüber dem Partner Kanton Solothurn und dem Partner Giroud-Olma vertreten kann. Zweitens: Thomas, Deine Meldung ist für mich auch klar. Es ist ja das Gleiche, was Myriam auch sagt. A la longue müssen wir schauen, in Olten eine Dreifach- oder Vierfachhalle hinzubringen, damit wir nicht mehr die gleiche Situation haben, wie wir jetzt haben. Aber die Frage ist ja dann auch möglich, dass wir in ein Überangebot kommen könnten, solange es die Giroud-Olma-Halle und die Stadthalle noch gibt. Dann ist der Bedarf an Dreifachhallen gedeckt. Wieder zu Markus: Du hast die 76 Wochenenden bemängelt. Vielleicht hätte man 76 Wochenendtage sagen müssen. Oder Samstag/Sonntag. Wir haben sie nicht jeden Sonntag belegt. Das muss man auch sagen. Ich wollte es zwar nicht sagen, sage es aber trotzdem: Ich habe Insider-Wissen. Als ehemaliger BBZ-Direktor sass ich auf der anderen Seite des Tisches und habe gesagt: Es kann nicht sein, dass der Kanton eine solche Halle so günstig abgibt. Jetzt sitze ich auf der anderen Seite und wäre froh, wenn ich dies damals nicht gesagt hätte. Aber wenn ich das Verhältnis der Stunden anschau, und das ist vielleicht noch eine Aussage, die wir als Stadt Olten durch die Vereine an den Abenden und Wochenenden belegen und es mit den Stunden vergleiche, die das BBZ belegt und nachher das Verhältnis Stunden zu Anteilen Stadt Olten an der Miete und Anteil Kanton Solothurn an der Miete, muss ich sagen, dass wir auf der guten Seite sind. Noch einmal danke für Deine differenzierten Aussagen. Im Übrigen danke ich für die gute Aufnahme des Geschäftes.

Beschluss

Mit 45 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Beschlussesantrag:

1. Die Direktion Bildung und Sport wird mit dem Abschluss des befristeten Untermietvertrages für die Giroud Olma Turnhallen rückwirkend per 01.01.2012 bis 31.12.2016 mit dem Kanton Solothurn beauftragt. Die jährlichen Mietkosten betragen CHF 300'000.-.
2. Es wird ein Nachtragskredit in der Höhe von CHF 190'000.- zu Gunsten der laufenden Rechnung 2012 Konto 340.316.01 bewilligt.
3. Die Direktion Bildung und Sport wird mit dem Vollzug beauftragt.

Beilage:
- Vertragsentwurf

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. November 2012

Akten-Nr. 18/21

Prot.-Nr. 28

Ordnungsantrag Urs Knapp (FdP) auf Abbruch respektive Verschiebung Traktandum 9 (Sozialregion Olten, Stellen 2013/Anwendung des kantonalen Stellenschlüssels)

Urs Knapp: Ich stelle einen Ordnungsantrag, dass man dieses Geschäft auf morgen verschiebt. Wir haben zwei Sitzungen traktandiert und waren jetzt drei Stunden hier, haben uns entsprechend vorbereitet, und ich denke, niemand ist böse, wenn man nicht bis 23 oder 24 Uhr diskutiert.

Beschluss

Mit 25 : 18 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Antrag von Urs Knapp zugestimmt.

Parlamentspräsident Anna Engeler: Ich möchte aber trotzdem bis 22 Uhr mit den Vorstössen weitermachen.

Urs Knapp: Ich stelle noch einmal einen Ordnungsantrag. Bei allem Respekt: Wir haben morgen wieder drei oder vier Stunden. Dann werden wir auch die Vorstösse durchbringen. Wir hatten jetzt eine Sitzung von drei Stunden, haben uns darauf eingerichtet. Morgen haben wir eine zweite Sitzung. Wir stimmen noch einmal ab, ob wir wirklich noch bis 22 Uhr hier bleiben wollen.

Christian Werner: Kurz zum Ordnungsantrag. Ich hätte eigentlich gleich stimmen wollen. Es würde auch keinen Sinn machen. Wenn wir morgen über die soziale Wohlfahrt reden, macht es auch Sinn, dass wir meine Vorstösse, oder zumindest diesen, dort behandeln. Alles andere macht keinen Sinn.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Wir haben dies im Büro eigentlich so diskutiert, dass man auf die Vorstösse gehen würde. Aber wir können gerne darüber abstimmen.

Beschluss

Mit 27 : 19 Stimmen wird dem Ordnungsantrag von Urs Knapp auf Abbruch der Sitzung zugestimmt.

Mitteilung:
Kanzleiakten

Verteilt am:

Die Parlamentspräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden der Parlamentspräsidentin innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.